

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Ersteinst wöchentlich Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944 a.
Anzeigenpreis die gespaltene Petit-
zeile 40 Hfg.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Dienstag
mittag 12 Uhr.
Zuschriften, Abonnementbestellungen
u. sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

„Gründe“ gegen den Tarifvertrag.

Neben den „Kohlenbaronen“ sind es die Eisen- und Stahlindustriellen, welche bis jetzt als die unversöhnlichsten Gegner jeglicher Tarifgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeiter auftreten. Mit großen Arbeiterkämpfen hatten die Herren bis jetzt nichts zu tun. Bursch und rote Erde sind die schwersten Kämpfe, die bis jetzt überhaupt in der Grobbleiindustrie ausgefochten wurden.

Die Herren Eisen- und Stahlindustriellen erfreuten sich seither einer unorganisierten, willenlosen Arbeiterschaft. Daß es aber dauernd so bleibt, ist ausgeschlossen, denn auch die Eisen- und Stahlarbeiter beginnen sich zu regen, zu organisieren, und damit zur Erkenntnis ihrer seitherigen unwürdigen Lage zu gelangen.

Aber selbst wenn dieses Ringen noch Jahrzehnte dauert, kommt doch der Tag, wo diese Arbeiter ihr seitheriges Joch abwerfen. Sind die Arbeiter der Großindustrie aber organisiert, und sind entsprechende Kapitalien in den Organisationen aufgehäuft, dann sind diese Arbeiter die mächtigsten und einflussreichsten, weil sie das Fundament der gesamten Industrie bilden. Ein allgemeiner Kampf der Grobbleiindustriearbeiter würde noch schwerer fühlbar sein, als selbst der der Kohlenarbeiter.

Wenn die Herren Industriellen einmal diese Situation durchgekostet haben, werden sie den Tarifabkommen schon etwas mehr Geschmack abgewinnen als heute.

Daß vor allem die Herren im Saarrevier bei der Tarifgegnerschaft die Fahne voran tragen, ist bei der seitherigen Situation selbstverständlich. In dem Geschäftsbericht der nordwestlichen Gruppe deutscher Eisen- und Stahlindustrieller wird auch zu der Tariffrage Stellung genommen, selbstredend im abweisenden Sinne. Es wird wieder der alte Einwand erhoben, als ruinierte die Gewerkschaften die Industrie und ohne stichhaltige Beweise wird sich auf England berufen. „Generelle Mindestlöhne“ sollen nach der Ansicht der Herren „eine Prämie auf Unfähigkeit sein.“ Weiter wird dann angeführt:

„Es ist in letzter Zeit soviel über die Einführung von Tarifverträgen geschrieben worden, daß hier nur die wesentlichsten Punkte zusammengefaßt werden sollen, die den Verband zu seiner grundsätzlich ablehnenden Haltung bestimmten. An den Lohnvertrag ist nur der Arbeitgeber gebunden, während der Arbeitnehmer seine Stellung verlassen kann, wann es ihm beliebt. Er wird von dieser Freiheit sofort Gebrauch machen, sobald sich ihm die Möglichkeit bietet, an anderer Stelle einen höheren Verdienst zu erzielen. Daran würde auch nichts geändert, wenn man den Tarif statt mit dem einzelnen Arbeiter oder der eigenen Arbeiterschaft mit den Gewerkschaften abschließen wollte. Auch diese könnten niemals einhalten, dem tarifstreuen Arbeitgeber genügend brauchbare Arbeitskräfte zu verschaffen. Der Lohnvertrag bedeutet mithin eine Schädigung des Unternehmers bei absteigender Konjunktur, ohne ihm dafür bei günstiger Marktlage einen Vorteil zu bieten. Auch ist die Annahme irrig, daß Tarifverträge zu einer Beruhigung des Arbeitsmarktes führen. Das Bestreben der Gewerkschaften wird vielmehr fortgesetzt darauf gerichtet sein, weitere Zugeständnisse zu erlangen. In einzelnen lokal beschränkten Berufszweigen mögen Tarife anwendbar sein, z. B. im Bauhandwerk und im Druckergewerbe, wo eine auswärtige oder ausländische Konkurrenz nicht in Frage kommt. Der Tarif ist aber unhaltbar, sobald die Produkte anderwärts hergestellt werden können und der Lohn-

unterschied größer ist als die Transportkosten. Ganz undurchführbar wird er, wenn er in Industrien zur Anwendung gelangt, die auf den Export angewiesen sind. Der oft gemachte Hinweis auf England ist nur insoweit zutreffend, als es keinem Zweifel unterliegt, daß die Trade Unions die englische Industrie schwer geschädigt haben. Daß diese heute noch ihre Weltstellung behauptet, verdankt sie, neben dem in früheren Zeiten gewonnenen Vorsprung der politischen Machtstellung Großbritanniens. Im engen Zusammenhang mit der Tariffrage steht die Forderung von Mindestlöhnen. Gegen die Einführung eines Mindestlohnes, der für jeden Arbeiter entsprechend seinen Leistungen festgesetzt wird, erhebt der Verband keinen Widerspruch. Er ist im Gegenteil entschieden dafür eingetreten, daß solche individuelle Mindestlöhne neben dem Akkord zur Einführung gelangten. Es sollte damit eine Grundlage gegeben werden für die Bezahlung von Mehrarbeit bei Akkord, wenn diese ohne Verschulden des Arbeiters entstanden ist. Generelle Mindestlöhne sind eine Prämie auf Unfähigkeit und Unleiß. Die — nur vom kommunistischen Standpunkt ideale — Gleichmacherei muß demoralisierend wirken, indem sie dem tüchtigen und gewissenhaften Arbeiter die Möglichkeit nimmt, seinen Verdienst seinen Leistungen entsprechend zu gestalten.“

Demgegenüber schreibt Dr. Zimmermann in der „Sozialen Praxis“:

„In dieser ganzen Erklärung ist nur ein einziges, allerdings sehr wichtiges Argument stichhaltig: dasjenige, welches von der Unfähigkeit der Gewerkschaften spricht, den tarifstreuen Arbeitgebern jederzeit genügend brauchbare Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Einer der schwersten Mängel des deutschen Gewerkschaftswesens und zugleich eins der größten Hindernisse für ihren organisatorischen Einfluß und ihre Tarifvertragsaktivität ist die Gleichgültigkeit gegenüber der sachlichen Leistungstüchtigkeit ihrer Mitglieder. Sie kümmern sich im allgemeinen sehr wenig um die technisch-berufliche Ausbildung der Organisierten. Ausnahmen finden sich bei den Holz verarbeitenden und den graphischen Berufen. Wenn trotzdem die tüchtigsten Arbeiter in den Gewerkschaften zu finden sind, so ist diese Tüchtigkeit deren eigenes Verdienst, nicht aber das der Gewerkschaften. Die sachliche Interesslosigkeit der Vereine ist nicht nur ein Schaden für die Industrie, sondern auf die Dauer, wie gesagt, auch für die Gewerkschafts Sache selber. Es geht nicht an, das hier jetzt genauer auszuführen. Wir kommen darauf natürlich zurück. Die als zünftlerisch beschriebenen englischen Gewerkschaften haben in dieser außerordentlich wichtigen Frage von jeher viel Klüger gehandelt, und ihre den deutschen Gewerkschaften überlegene Stellung verdanken sie mit in erster Linie diesem Vorzuge, während sie ja sonst in vielen Stücken von dem deutschen Gewerkschaften weit überholt sind.“

Also in diesem einen Punkte hat die Protesterklärung der Saarindustriellen in gewissem Grade Recht: die Gewerkschaften bieten keine Garantie für eine stets ausreichende Zahl gut gekulturter Arbeitskräfte. Alle übrigen Argumente sind als generelle Einwände haltlos, mag man sie auch mit Proben von Einzelfällen hin und wieder praktisch belegen. Die unbequeme Tatsache der kollektiven Vertragsabschlüsse in Großbritannien, die die ganze Argumentation der Saarindustriellen mit einem Schlage widerlegt, durch die Legende diskreditieren zu wollen, daß die englischen Gewerkschaften die englische Industrie ruinierten, ist eine Ausflucht, die seit der Cacanng-Übersetzung des Freiherrn von Reismitz-

zum eisernen Inventar der Gewerkschaftsgegner in Deutschland gehört. Was wir in dem obigen Vergleich der englischen und deutschen Gewerkschaften über die sachliche Tüchtigkeit ausführten, spricht bereits augenscheinlich gegen die Übertreibungen der Cacannglegende. Diese überhaupt einmal auf ihren wahren Wert zurückzuführen, mag einer späteren Darstellung vorbehalten bleiben.

Betrachten wir schließlich die Argumente einzeln, so wäre ganz kurz folgendes zu erwidern. Daß der Tarifvertrag den Arbeiter nicht an seine Arbeitsstelle bindet, das hat er zunächst mit dem Individualvertrag gemein, ist also kein spezifischer Nachteil des Tarifvertrags. Praktisch ist dieser Mangel der Schollenfesselung sogar für den Arbeitgeber von Nutzen, da er auf diese Weise nicht gebunden ist, einen unbrauchbaren Arbeiter länger zu beschäftigen als ihm gut dünkt. Daß der Lohnvertrag den Arbeitgeber zwingt, unbrauchbare Arbeiter zu vollem Tariflohn zu beschäftigen, ist doch nur ein Ammenmärchen, mit dem man die öffentliche Meinung gegen das Tarifvertragswesen einnehmen will.

Es verhält sich damit genau so wie mit dem Mindestlohn, dieser „Prämie auf Faulheit und Unfähigkeit.“ Das System des Mindestlohnes muß keineswegs zu „demoralisierender Gleichmacherei“ führen, sondern führt viel eher zu einer für den mindertüchtigen Arbeiter nicht unbedenklichen Auslese der Tüchtigsten; die unbrauchbaren sinken, weil unbezahlt, in die Schicht der „unfit“ hinab. Außerdem liegt in dem Mindestlohn die Tendenz, zumal bei ungünstiger Konjunktur, in einen Maximallohn umzuschlagen. Der „generelle Mindestlohn“ hat also für den Arbeitgeber kaum mehr Nachteile als für den Arbeiter. Er ist aber als Systemgrundlage unentbehrlich, wenn eben der Zweck des Tarifvertrags, die Bekämpfung der unlauteren Unterbietung, der Hungerkonkurrenz, erreicht werden soll.

Von diesem ersten und vornehmsten Zweck des Tarifvertrags verläutet merkwürdigerweise in dem Protest der Saarindustriellen nichts. Dagegen zu protestieren, würde allerdings den kartellierten Eisen- und Stahlindustriellen, die nichts sehnlicher anstreben, als durch das Roheisensyndikat und den Stahlwerkverband die Preisunterbietung für alle Arbeitsleistungen ihrer Industrie aus der Welt zu schaffen, nicht gut zu Gesicht stehen. Zieht man jedoch diese Aufgabe des Tarifvertragswesens die Schutzkonkurrenz auf dem Arbeitsmarkte zu beseitigen, als notwendigen Ausgangspunkt aller Erörterungen in Betracht, so tritt die vollkommene Hinfälligkeit der einleitenden Argumente des Protests der Saarindustriellen klar zu Tage. Der Lohnvertrag soll auch den Arbeitgeber, zumal bei absteigender Konjunktur gegen die Unterbietung lohnrückender Konkurrenten schützen. Allerdings muß er treulich beachtet und durchgeführt werden. Das geschieht aber nur, wenn starke anerkannte Gewerkschaften dahinter stehen. Sie erst verleihen dem Tarifvertrag gesundes Leben. Sobald aber der Tarif infolge der Festigkeit der Organisation wirksam arbeitet, sind Arbeitskämpfe ausgeschlossen. Also muß der Tarifvertrag zur Beruhigung des Arbeitsmarktes führen. Und dafür gibt es nicht hundert, sondern tausend Beweise. Bei günstiger Konjunktur macht sich dieselbe friedlich regulierende Wirkung des Tarifvertrags geltend. Er bindet nunmehr die Gewerkschaften — nicht die einzelnen Arbeiter —, keinen kollektiven Schritt zur Abänderung der vereinbarten Lohn- und Arbeitszeitbasis zu tun, also von jeder Lohnbewegung abzusehen, ein Vorteil, den jeder Arbeitgeber in einer gewerkschaftlich gut organisierten Industrie sehr wohl zu schätzen weiß. Nur Arbeitgeber, die es in

der Hauptsache mit ganz gefügiger unorganischer Arbeit zu tun haben. können es nicht begreifen, daß von starken Gewerkschaften getragene Tarife Frieden und Nutzen für ihre Industrie bedeuten würden. Wer gesunde Tarifverträge will, muß allerdings auch Gewerkschaften wollen. Und da es hieran bei den Saarindustriellen noch völlig fehlt, so ist wohl deshalb von ihnen keine bessere Einsicht in das Tarifvertragsproblem, als sie jener Protest bekundet, zu erwarten."

Wir möchten dem noch einige Gedanken hinzufügen: Wir halten die Gewerkschaften und die Tarifverträge nicht dazu verpflichtet, den Arbeitgebern als Entgelt „genügend brauchbare Kräfte“ zur Verfügung zu stellen. Dieses wäre nur dann zu verlangen, wenn die Arbeitgeber in der Auswahl ihrer Arbeiter beschränkt würde.

Andererseits können die Gewerkschaften sich heute deshalb noch weniger mit der Ausbildung ihrer Mitglieder befassen, weil sie in einer Kampf- und Sturmpetode sich befinden, woran aber doch die Arbeitgeber die größte Schuld tragen, welche sich namentlich in der Großindustrie als die unveröhnlichsten Gegner aufspielen. Die Gewerkschaften müssen heute noch alle Kräfte zusammenfassen, um den Ansturm des Kapitals abzuwehren.

Andererseits halten wir es doch an erster Stelle für Pflicht der Arbeitgeber, für einen tüchtigen ausgebildeten Arbeiterstand zu sorgen. Wir wollen beispielsweise die Metallarbeiterverbände für Aus-

bildung der Stahl-, Walzwerks-, Hochofen-, Bessemer-, Martinstahl- und Eisenwerke usw. Sorge tragen. Die Verbände können keine Stahl-, und Walzwerks-, Bessemer-, Martinstahl- und Hochofenbetriebe anlegen, um die Leute auszubilden zu können. Derartige Dinge bloß erst im Modellvorführen würde seinen Zweck nicht erreichen, es muß die Arbeit praktisch geübt werden können, weil gerade in diesen Industriezweigen weniger die Theorie als wie Geschick, Kraft und praktische Erfahrung ausschlaggebend sind. Soweit aber besonders beim Schmelzprozess — theoretischen Kenntnisse der Chemie notwendig und wünschenswert sind, ließe sich dieses schon erreichen, da auf jedem derartigen Hüttenwerke chemische Laboratorien und in der chemischen Wissenschaft gebildete Männer vorhanden sind. Mögen die Werke nur einmal einen Anfang damit machen, die Gewerkschaften werden dann gern bereit sein, mitzuwirken. Bei der früheren körperlich und geistigen Anspannung dieser Arbeiter, war eine weitere Ausbildung fast unmöglich.

Die Gewerkschaften leisten heute schon eine große geistige Ausbildung, indem sie wenigstens die Arbeiter zum Denken erziehen, sie aus ihrer geistigen Stumpfheit und lethargie aufrütteln.

In dieser Beziehung könnte aber noch viel mehr geschehen, wenn die Arbeitgeber nur Hand in Hand mit den Organisationen arbeiten wollten. Aber gerade die dummfsten und denkungsfaulsten Arbeiter waren ihnen die liebsten, besonders in der Eisen- und Stahlindustrie; deshalb entbehrt der von den Eisen-

und Stahlindustriellen gemachte Vorwand jeglicher Berechtigung.

VI Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

(Schluß.)
Die Heimarbeit.
Das Referat zu dieser Frage hat Greulich aus Schweiz und Vorrain-Frankreich Greulich gibt persönlich die Erklärung ab, daß es ihm in Zukunft kaum möglich sein werde, der I. V. anzugehören, weil die Versammlung das von der Schweiz beantragte Nicht-anwesenheit gegen die Staaten, welche die Verträge der Berner Konferenz nicht unterzeichnet haben, ablehnte. Er müßte dies erklären, um bei Angriffen draußen im Lande seitens seiner Freunde zu begegnen.

In der Diskussion spricht zuerst Herr Gewerberat Bittmann-Mannheim für die Ausdehnung des Registrierzwanges auf die von den Heimarbeitern selbst beschäftigten Kinder und sonstigen Familienangehörige. Ferner, daß neben den Stücklöhnen auch die Preise der Futururen und Arbeitsmaterialien welche der Arbeitgeber den Heimarbeitern liefert auf dem Arbeitszettel angegeben werden. An der Diskussion beteiligten sich noch Millerand, Pfarre Weber, P. Koch und Tischendorf. Letzterer wendet sich gegen die Ausführungen Greulichs und betont, daß die deutschen Vertreter von Arbeiterorganisa-

Gesetzliche Regelung der Arbeitsdauer erwachsener Arbeiter und Arbeiterinnen in den verschiedenen Ländern.

	Deutsches Reich	Oesterreich	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Schweiz	Belgien, Dänemark, Spanien, Ungarn, Norwegen, Schweden
I. Gesetzl. Beschränkung der tägl. Arbeitsdauer:								
1. in Fabriken								
a) für Männer	11, an Vorabenden der Sonn- und Feiertage 10 Stunden	11 Stunden	12 bzw. 10 ⁹⁾ 10	Textilfabr.: 10 Std., Samstag 5 1/2 Std. Metallfabr.: 10 1/2 Std., Samstag 7 1/2 Std.	—	— ⁹⁾ 11	11 11	—
b) für Frauen	—							
2. im Bergbau								
a) für Männer	Für Frauen: Arbeitsverbot unter Tage, über Tage wie in Fabriken; für Männer nur in Preisen kanitärer Maximalarbeitsstag.	10 Stunden, Kohlengruben 9 Stunden. Arbeitsverbot unter Tage, über Tage 10 bzw. 9 Stunden.	10 bzw. 8 Stunden ⁹⁾ über Tage 10 Stunden.	—	—	—	—	—
b) für Frauen								
3. im Handwerk								
a) für Männer	In Werkstätten mit mechanischen Motoren, Kleider- und Wäsche-Konfektion wie in Fabriken, sonst unregelt.	—	10 Stunden, wenn zusammen mit Frauen und Jugendlichen.	wie sub. 1 b.	—	—	11	in 1 Kanton 11 Std. in 2 Kantons 10 Std. in 6 Kantons 11 Std.
b) für Frauen			10					
4. im Handelsgewerbe								
a) für Männer	Nur in offenen Verkaufsstellen geregelt, 11 1/2 bis 12 1/2 Std.	—	—	—	—	—	—	in 1 Kanton 11 Std.
b) für Frauen			—	—	—	—	—	—
5. im Verkehrsgewerbe								
a) für Männer	Seeleute in Häfen: 10 Stunden; in den Tropen 8 Stunden; auf See: Nacht um Nacht.	—	Eisenbahndienst: Heizer und Maschinisten 10 Stunden, sonstiges Personal 12 Stunden.	— ⁹⁾	—	Eisenb. 16 Std. 1 Tag 4-1. 8, 168 i. 14 Tag. 10 Std. tägl. bei besonders anstr. Arbeit	11 Stunden	—
b) für Frauen								
6. im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe								
a) für Männer	Arbeitsbereitschaft 16 Stunden.	—	—	—	—	—	—	—
b) für Frauen			—	—	—	—	—	—
7. Ausnahmen, welche von Gesetz statuiert	ad. 1 b: Ausnahmen zulässig wegen außerordentlicher Ereignisse u. Unglücksfällen u. in bestimmten, vom Bundesrat bezeichneten Industrien f. Bericht der deutschen Sektion, S. 9. ad. 4: Ausnahmen zulässig für Verhütung des Verderbens von Waren, bei Inventurarbeiten, Neueinrichtungen und Umzügen und an weiteren 30 Tagen im Jahre. ad. 6: Ausnahmen für Kurorte, sonst an 30 Tagen im Jahre.	ad. 1 a und b: Ausnahmen zulässig zur Vornahme von Hilfsarbeiten, in dringender Notwendigkeit oder besonderem Bedarf; ferner für bestimmte, im Verwaltungswege festzustellende Industriezweige, für ununterbrochene Betriebe (12-stündige Schicht). ad. 2: Ausnahmen für die hochgelegenen Bergbau der Alpenländer, beim Kohlenbergbau auch aus betriebstechnischen oder wirtschaftlichen Gründen.	ad. 1 a: Bei 12-stündiger Arbeitsdauer: Ausnahmen aus der Natur der Industrie oder infolge höherer Gewalt, Sektions-Bericht, S. 51. ad. 1 a und b und 3: I. Ausnahmen für Bewältigung zu bezeichnender Industriezweige, Sekt.-Bericht S. 31. II. Ebenso, Ber. S. 37. III. Höhere Gewalt. ad. 1 a und 3 a: Für bestimmte Verrichtung, Sekt.-Bericht S. 45. ad. 2: Ständige Ausnahmen durch Ministerialerlaß, vorübergehende Ausnahmen infolge von Unfällen, aus Gründen der Sicherheit infolge gelegentlicher Dringlichkeit oder infolge von Vereinbarungen zur Aufrechterhaltung bestehender Bräuche. Sekt.-Bericht S. 57.	ad. 1 oder 3: Zahlreiche detaillierte geregelte Ausnahmen, Sekt.-Ber., S. 3/4.	ad. 1 b u. 3 b: Ausnahmen wegen besonderer Umstände oder in dringenden Fällen zulässig.	ad. 1 a u. b: Siehe Sekt.-Ber., S. 8ff. ad. 3 b: Siehe Sekt.-Ber., S. 20.		

¹⁾ In Gewerben, wo durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, kann der Bundesrat Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit, sowie der zu gewährenden Pausen vorschreiben. Vgl. die Detail im Bericht der deutschen Sektion, S. 15.

²⁾ 10 Stunden in Betrieben, in welchen erwachsene Männer zusammen mit Frauen und Jugendlichen arbeiten. 12 Stunden (Ges. v. 1848) nur in Betrieben mit mehr als 2 Arbeitern, oder in Betrieben mit mechanisch betriebenen Motoren oder ununterbrochenem Feuer.

³⁾ In Kohlengruben 9 Stunden, vom 1. Juli 1907 an 8 1/2 Stunden, vom 1. Juli 1909 an 8 Stunden in anderen Gruben, wenn Männer zusammen mit Frauen und jugendlichen Arbeitern, 10 Stunden, sonst unregelt.

⁴⁾ Immerhin bestimmt der Railway Regulation Act, 1893, daß das Board of Trade berechtigt ist, Beschwerden der Eisenbahnen über die Arbeitszeit zu untersuchen. Findet es, daß sie zu lange ist, so wendet es sich an die Eisenbahngesellschaft mit der Bitte, die Arbeitszeit abzukürzen. Weigert sich die Gesellschaft, so kann die Sache vor die Railway and Canal Commissioners gebracht werden, welche die Gesellschaft zu einer Geldstrafe von 100 L für jeden Tag, an welchem der Sachverhalt unverändert bleibt, verurteilen können.

⁵⁾ Sanitärer Maximalarbeitsstag, dessen Dauer durch den Arbeitsinspektor bestimmt wird, bei einzelnen besonders gefährlichen oder schweren Arbeiten.

tionen für sich in Anspruch nehmen, konsequente Arbeitervertreter zu sein, aber die Beschlüsse der Versammlung sehr wohl vertreten können. Die Resolution wird schließlich in folgender Wortlaut angenommen:

„Die internationale Vereinigung hält dafür, daß die in der Hausindustrie bereits nachgewiesenen Uebelstände ein Eingreifen der Staatsgewalt notwendig machen.

Sie erucht die nationalen Sektionen:

A) Von ihren resp. Regierungen gesetzliche Maßnahmen zu verlangen, durch welche für den Arbeitgeber (Verleger und Zwischenmeister) die Verpflichtung ausgesprochen wird:

1. Ein Verzeichnis der von ihnen außerhalb ihrer Betriebswerkstätten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu führen und den Behörden einzureichen;
2. Jeder der beschäftigten Personen bei der Auftragserteilung einen Zettel mit genauer Angabe des Stücklohnes und der Preise, zu denen der Arbeitgeber die Fornituren und Arbeitsmaterialien liefert, auszuhändigen und in den Räumen, in denen die Ausbezahlung des Lohnes stattfindet, den im Geschäft im Gebrauche stehenden Lohnzettel anzuschlagen.

B) Die Ausdehnung der Gewerbe- und Fabrikinspektion, sowie der sozialen Versicherungen auf die Heimarbeiter anzustreben.

C) Sowohl im öffentlichen als im Interesse des Arbeiters strikteste Anwendung der allgemeinen sanitarischen Vorschriften und Gesetze auf ungesunde Wohnräume, in denen die Heimarbeit ausgeübt wird, zu verlangen und den Erlaß derartiger Bestimmungen zu bewirken, wo sie noch nicht bestehen.

D) Die Bildung und Tätigkeit von Berufsorganisationen, Käuferligen etc. anzuregen und zu fördern.

Ferner soll eine Anregung Genuß und P. noch stattgegeben werden, daß durch das Arbeitsamt festgestellt wird, welche Arten von Heimindustrie für den internationalen Markt in Betracht kommen und wie sich die Absatzgebiete der einzelnen Länder gestalten. — Das wesentliche an dem vorstehenden Beschluß ist, daß man von weiteren Erhebungen über die Zustände in der Heimindustrie abgesehen, statt dessen Richtlinien für den Heimarbeiterschutz feststellt hat.

Versicherung der ausländischen Arbeiter.

Die Frage beschäftigt die J. B. zum zweitenmal. Sie ist ungemein schwierig, weil die Arbeiterversicherung in den verschiedenen Ländern zu ungleich geregelt ist. Nichtsdestoweniger ist ein erfreulicher Fortschritt insofern zu verzeichnen, als Spezialverträge über die Handhabung der Versicherung seit der letzten Versammlung in größerem Maße abgeschlossen sind. Das Referat hierzu hat Dr. Feigenwinter-Schweiz. Die ohne Debatte angenommene Resolution lautet:

„Die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz erkinnt den Vorarbeiten der verschiedenen nationalen Sektionen, daß durch eine Verständigung der Staaten der Grundsatz der Gleichberechtigung der Ausländer und Inländer in Bezug auf die Leistungen der Versicherungen durchgeführt werden kann.

Sie ladet daher die Sektionen ein:

1. der nächsten Delegiertenversammlung den Entwurf eines internationalen Vertrages zunächst in Bezug auf die Unfallversicherung vorzulegen, der dieses Prinzip zur Durchführung bringt sowohl mit Beziehung auf die Versicherungsleistung als die Bedingungen für deren Gewährung;
2. bis zur allgemeinen Anerkennung des Grundsatzes der Gleichbehandlung im internationalen Rechte auch fernerhin im Sinne der Durchführung desselben sowohl durch die nationale Gesetzgebung wie durch internationale Verträge zu sichern;
3. bis zur nächsten Delegiertenversammlung zu berichten, in welcher Weise die Gesetzgebung ihrer Heimatsstaaten abgeändert bzw. neu erlassen werden sollte um dem oben festgestellten Grundsatz zu entsprechen.“

In Punkt 1 ist den Sektionen eine kaum zu lösende Aufgabe gestellt. Man hat damit einen Wunsch der Italiener und Franzosen erfüllt.

Damit war die sachliche Tagesordnung erschöpft. Abends fand ein Festbankett auf Einladung des Gen. Stadtrates im Foyer des Theaters statt. Die freundliche Aufnahme und Aufmerksamkeit, welche die J. B. seitens der Behörden von Genf gefunden hat, sei auch hier anerkennend erwähnt.

Sozialdemokratie und Gewerkschaft.

Der Streit um das Geheimprotokoll, in welcher die sozialistischen Partei- und Gewerkschaftsführer geraten waren, hat auf dem sozialistischen Parteitag seinen Abschluß gefunden. Die Leute streiten sich jetzt darum, wer Sieger geblieben sei, die Gewerkschaften oder die Partei. „In den Armen lagen sich beide und weinten vor Schmerzen und Freude.“ Die Gewerkschaften haben sich geduckt, darüber besteht kein Zweifel. Generallstreik ist Generalunfuh erischalle es noch auf dem vorjährigen Gewerkschaftskongress in Köln und in Mannheim haben dieselben Leute gefunden, daß zwischen der Stellungnahme in Köln und Jena kein Gegensatz bestehe. Also Generallstreik ist Trumpf! Nur waren die Herren so vorsichtig, nicht zu verraten, wann und wo derselbe stattfinden soll. Bebel meinte: ein Generallstreik könne höchstens im Norden, nicht aber im Süden zum Durchbruch kommen. Im Süden aber träumt man von dem Westen. Hier sind die Christlichen Arbeiter so stark, daß sie einen „Generalunfuh“ auf Geheiß der Sozialdemokratie nicht mitmachen würden. Es ist gut, daß die Herren schon mit dieser Tatsache rechnen: Sozialdemokratie und freie Gewerkschaft ist eins. Dieser Grundsatz ist in Mannheim aufs neue bekräftigt und besiegelt worden durch die Annahme einer Resolution „Regien, Bebel“ welche lautet:

I.

Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagbeschluß zum politischen Massenstreik und hält nach der Feststellung, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht mit dem Jenaer Beschluß, allen Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt.

Der Parteitag empfiehlt nochmals besonders nachdrücklich die Beidlinse zur Nachachtung, die die Stärkung und Ausbreitung der Parteioorganisation, die Verbreitung der Parteipresse und den Beitritt der Parteigenossen zu den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsmitglieder zur Parteioorganisation fordern.

Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen.

II.

Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft; sie sind nicht minder notwendig wie die sozialdemokratische Partei, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese ihre nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erstrebt, ein Ziel, das auch der klassenbewußte Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muß. Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen.

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.

Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen in diesem Sinne zu wirken.

Die ganze Heuchelei der Sozialdemokratie kommt hier zum Durchbruch. Wenn die freien sozialdemokratischen Gewerkschaften bei christlich gesinnten Arbeitern Fuß fassen wollen, dann betonen sie immer ihre politische Neutralität, dann heißt es: „Jeder kann zu uns kommen, wir fragen nicht nach Glauben und Partei.“ Hat man auf diese Weise die Simpel auf den Reim gelockt, so beginnt der sozialistische Rekrutendruck. Mit dem Säbel des römischen Aquilas erklärte Bebel: „Neutral sein heißt für mich geistlich sein.“ Und an anderer St. A.: „Man kann ein ganzes Jahr lang in einem Gewerkschaftsblatte die Mitglieder zu Sozialdemokraten erziehen, ohne das Wort Sozialdemokratie auch nur einmal auszusprechen.“ Jede Heuchelei ist erlaubt, sofern sie der Partei dient.

Der Christlichen Arbeiterbewegung kann es nur förderlich sein, wenn jetzt vor aller Welt laut und deutlich festgesetzt wurde, daß die freien Gewerkschaften nur der

sozialdemokratischen Partei zu gehorchen haben. Unseren Kollegen wird diese Resolution des Mannheimer Parteitages in der Agitation gute Dienste leisten. Auch dem rückständigsten christlichen Arbeiter muß dieses doch zeigen, wohin die Reise geht und daß kein Platz nicht in der sogenannten freien Gewerkschaft, sondern nur in den christlichen Verbänden sein kann.

Wie sehr sich die Sozialdemokratie bezüglich der Gewerkschaften gemauert hat, darin erinnert die R. Volksztg. in Nr. 850:

„Das Protokoll des Mannheimer Parteitages steht in einem schreulichen Widerspruch zu den früheren Protokollen der Parteitage, soweit man die Kapitel Gewerkschaften miteinander vergleicht. Auf keinem Gebiete hat innerhalb eines Menschenalters eine solche tiefgreifende Aenderung in der Anschauung sich vollzogen wie hier. Was die Sozialdemokratie noch vor einem starken Jahrzehnte sogar feierlich verbrannte, das hält sie jetzt hoch. Ein kurzer geschichtlicher Ueberblick wird den Beweis für die Richtigkeit dieser Sätze liefern.

Auf der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins (Lassalleaner) wurde 1872 beschlossen, den Wunsch auszusprechen, daß sobald wie möglich alle bestehenden gewerkschaftlichen Verbindungen aufgelöst und die Mitglieder dem politischen Verbände zugeführt werden sollen. Die gewerkschaftlichen Organisationen hatten damals keine 10 000 Mitglieder durch ganz Deutschland hindurch; aber dennoch hatten diese schon den Wert der Gewerkschaftsorganisation erkannt und blieben dieser trotz des auch im folgenden Jahre in Frankfurt gefaßten Beschlusses tren.

Da redeten im Jahre 1874 die Lassalleaner in Hannover eine andere Sprache durch Annahme folgender Resolution: „Die Generalversammlung erklärt, daß alle diejenigen Verräter der Arbeiterklasse sind, welche fortfahren, die Gewerkschaftsbewegung entgegen den Beschlüssen der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zu Berlin im Jahre 1872 und zu Frankfurt im Jahre 1873 in den Vordergrund der Arbeiterbewegung zu drängen und dadurch die Agitation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in unverantwortlicher Weise zu schädigen. Die Generalversammlung spricht den Wunsch aus, daß sobald wie möglich alle innerhalb unserer Partei bestehenden gewerkschaftlichen Verbände aufgelöst und die Mitglieder dem Allgemeinen deutschen Arbeitervereine zugeführt werden!“ Nach dieser feierlichen Ahterklärung lösten sich 1874 die meisten gewerkschaftlichen Verbände auf; aber schon 1877 hatte man wieder solche und zwar mit einer Mitgliederzahl von nahezu 50 000.

Das Sozialistengesetz hat auch diesen Gewerkschaften sehr zugelezt; während seiner Dauer wurden zwanzig Zentralverbände und 89 lokale Organisationen aufgelöst. Freilich hat sich auch die Sozialdemokratie ganz unter den gewerkschaftlichen Mantel gesteckt; politisch konnte sie sich nicht organisieren; also tat sie es unter dem gewerkschaftlichen Aushängeschild. In der Tat hat nichts so sehr die Gewerkschaften an die Sozialdemokratie gefettet als das Bismarckische Sozialistengesetz und an den Nachwirkungen dieser Begleitercheinung leidet das Deutsche Reich noch heute. Ende der achtziger Jahre segelte die Sozialdemokratie vollständig unter dem Namen der Gewerkschaften, die damals nahezu 150 000 Mitglieder hatten. Als das Sozialistengesetz fiel, zählten die Gewerkschaften über 300 000 Mitglieder, eine Zahl die sie bis 1896 nicht wieder erreichten. Woher diese Erschöpfung?

Unter der Wirkung des Sozialistengesetzes hatten sich alle Genossen in das gewerkschaftliche Lager geflüchtet; als aber dieses Gesetz fiel, hatten sie eine solche Deckmaske nicht mehr nötig; man konnte sich politisch organisieren, die Austritte aus den Gewerkschaften erfolgten in Massen. Die parteipolitische Organisation sah die Gewerkschaften jetzt überhaupt als entbehrlich an und behandelte sie entsprechend. Gleich die ersten Parteitage nach dem „Fall des Sozialistengesetzes“ gaben eine Masse von Beweisen für die Richtigkeit dieser Auffassung. Es waren namentlich die Parteitage von Berlin (1892) und Köln (1893), auf welchen die Gegensätze sehr scharf hervortraten.

Auf dem Berliner Parteitag beantragte der Gewerkschaftsführer Regien eine Sympathieerklärung für die Gewerkschaften; in der Begründung dieses Antrages gestand derselbe hier, daß der „Fall des Sozialistengesetzes“ den Gedanken aufkommen ließ, daß die Organisation der Gewerkschaften, welche während des Sozialistengesetzes die Arbeiterbewegung ungemein gehieft haben, überflüssig geworden sei.“ Damals bekante sich Regien bitter, daß „ein Teil der hervorragenden Parteigenossen nicht energisch genug für die gewerkschaftliche Organisation“ eintrete, und meinte, als er um den Beweis hierfür gebeten wurde, „Das ist Gejühlsache, man kann dafür keine Beweise erbringen.“

Aber auch im Zentralblatt, im Vorwärts, stehen mancherlei Dinge, die sicherlich nicht geeignet sind, der Gewerkschaftsbewegung zu dienen. In einem Artikel des Blattes vom 11. November 1892 über „revolutionären und Staatssozialismus“ ist vom „welchen Rehrichthausen der Gewerkschaftsbücherei“ die Rede. (Protokoll S. 249 und 250).

Aber erst der nun folgende Parteitag in Köln (1893) brachte den Gegensatz zum vollen Ausdruck, obwohl nur eine Sympathieumgebung für die Gewerkschaften beantragte. Da meinte Bebel: „Die Gewerkschaftspresse muß sich mit kleinen Fragen beschäftigen und darin liegt die große Gefahr, daß sie das große Ziel aus den Augen verliert und so der allgemeinen Verwässerung Vorwand leistet.“ (Protokoll S. 219.) Dann rechnete er mit den Gewerkschaftsführern ab, die aus Frankfurt Hochstiftsformel teilgenommen hatten und nannte dies „sozialdemokratische Wabelstümpfele“. Der sozialdemokratische Abgeordnete Mollenhuth meinte: „In Gewerkschaftsbücherei dürfe der Arbeiter nicht verfallen.“ (Protokoll S. 216.) Klara Zetkin gar führte aus: „Darüber darf man sich nicht täuschen, daß der Wirkungskreis der Gewerkschaften immer und immer verkleinert wird. Der Grund liegt nicht in der Jugend dieser Bewegung, sondern in der Kraft der politischen Bewegung.“ (S. 218.)

Damals glaubte man eben in den führenden Kreisen noch an den nahe bevorstehenden Kladderadatsch! Angesichts solcher Ausdrücke ist es nicht auffallend, wenn der Hamburger Genosse Pauly in die Klage ausbrach: „Die Tribüne dieses Saales ist nach dem bisherigen Gange der Debatte zur Guillotine der Gewerkschaftsbewegung geworden. (Widerspruch.) Ja, so ist es, und die bösen Folgen werden sich draußen bald zeigen. . . Zahlreiche Führer und rednerische Kräfte der Partei sind tatsächlich der Gewerkschaftsbewegung abgeneigt.“ (S. 203.) Und auch Legien meinte in seinem Schlussworte: „Die Darlegung Bebels über die wachsende Bedeutungslosigkeit der Gewerkschaften angesichts der wachsenden Konzentration des Kapitals und der Ausdehnung der sozialen Reichsgesetzgebung, von einem so bedeutenden Parteiführer gemacht, kann auch nicht dazu dienen, neue Proselyten für die Gewerkschaften zu werben. Ich kann diese Anschauung nicht teilen.“ (S. 215.)

Wenn man sich schließlich fragt: Weshalb hat die politische Organisation der Sozialdemokratie so wenig Sympathie für die Gewerkschaften, die ihr doch, wie Singer sagte, die „Rekruten liefern“? so gab hierauf wohl die beste Antwort der sozialdemokratische Abgeordnete und Gewerkschaftsführer Legien, der in Köln (1893) folgendes mitteilte: „In einer Fraktionsitzung sagte Auer gelegentlich der Besprechung der Maifeier: man müsse auf die Gewerkschaftsbewegung acht haben, sie sei jetzt das Klammchen, das unter der Aische glimme.“ (S. 186.) Mit anderen Worten: die Parteiführer befürchteten in jener Zeit, daß die Gewerkschaften Oberwasser erhalten könnten und dann ihre Rolle ausgespielt sei. Die Gewerkschaften arbeiten nicht mit politischen Zukunftspantastien, sondern mit der Gegenwart. Zu Anfang der 90er Jahre war man der Gewerkschaften noch nicht sicher; sie hätten sich damals auch noch eher neutral entwickeln können. Das Beispiel des Buchdruckerverbandes schreckte ab. Deshalb hielt man damals die Gewerkschaften kurz. Heute sind sie eine andere Macht; heute sind sie auch der Sozialdemokratie ganz sicher, und da gibt man ihnen mehr Freiheit. Das ist der partei-psychologische Schlüssel für das Mannheimer Rätsel.“

Die sozialdemokratische Presse und der Streik auf der Dieuzer Saline.

Gegenüber den Strawallen, die in Nürnberg von Seiten der Sozialdemokraten inszeniert wurden, wo seitens der Streikenden Arbeitswillige niedergeschlagen, hierbei aber der Hauptangreifer niedergeschossen wurde, sucht jetzt die sozialdemokratische Presse auf den Streik in Dieuz hinzuweisen, wo nur christliche Arbeiter in Frage kommen. Daß die Vorgänge in Nürnberg und Dieuz nicht in Parallele gestellt werden können, beweist nachstehende Schilderung der Vorgänge seitens der Leitung des christlichen Bergarbeiterverbandes. Darin heißt es:

„Die (400 Arbeiter beschäftigenden) Dieuzer Salinenwerke, welche französischen Aktionären gehören und von einer deutsch sein wollenden Direktion geleitet werden, gählten bis März dieses Jahres trotz hoher Ueberflüsse und häufiger Vergrößerung der Werke folgende Löhne, wobei Sonntags zum Teil mitgearbeitet werden mußte: Für Formation und Prix de la semaine — Durchschnittslohn pro Kopf und Schicht — 2,06 M. Für Sondiere 2,29 M., Sulfate 2,21 M., Superphosphat 2,50 M., wovon jedoch eine Kategorie 3 M. erhielt, die andere 2,40 M. bzw. 2,20 M., Acide Sulfurique 2,39 M., Sude Fondue 2,39 M. Der Durchschnittslohn der vorgenannten Salinenarbeiter betrug somit

2,29 M. Im März traten die Arbeiter in den Ausstand und stellten sich die Löhne hierauf folgendermaßen: Die Mechaniker erhielten 3,50 M., die Maschinenisten 3,10 M., und die Chambres 3 M., alle übrigen Arbeiter dagegen unter 3 M. In 31 Abteilungen blieben die Löhne unter 2,50 M., in 6 Abteilungen unter 2 M. bis 2 M. und die übrigen Löhne zwischen 2,50 M. bis 2,90 M. bei elf- und zwölf-stündiger Schicht. Jedoch trat bei vielen nicht einmal diese Lohnerhöhung in Wirklichkeit ein, da sie früher die Sonntagsarbeit bis 11 Uhr vormittags als volle Schicht angerechnet bekamen. Nach dem Streik jedoch wurde ihnen für die Sonntagsarbeit nur mehr eine halbe Schicht angerechnet, wodurch die Lohnerhöhung zum Teil wieder illusorisch gemacht wurde. Können die Dieuzer Arbeiter nun von diesen gezahlten Löhnen leben? Nein! Es genügt schon allein die Dieuzer Geschäftswelt zu fragen, und die Antwort würde ebenfalls lauten: Nein! Jedoch beweisen wir die Tatsache, daß es unmöglich ist, von diesem Verdienst zu leben an der Hand von Zahlen. (Folgen die näheren ziffernmäßigen Angaben.) Die Arbeiter haben sich nach dem verunglückten Streik im März der Organisation angeschlossen. Im Juni traten sie wiederum durch die Not gezwungen an die Direktion heran um Aufbesserung der Löhne. Der dortige Gewerkschaftssekretär wandte sich wiederholt um Vermittelung an das Kaiserliche Gewerbeaufsichtsamt in Metz, jedoch die Firma, welche zuerst geneigt war, die Vermittelung anzunehmen, lehnte dieselbe im letzten Augenblicke ab. Ende Juli brach der Streik dann aus. Mitte August wandte sich der Unterzeichnete in einem Schreiben an das genannte Gewerbeaufsichtsamt und bat um Vermittelung. Der Reichsdeputationsdirektion von Dieuz lehnte solche ab. Auf persönliche Anfrage in Metz nach dem Grunde der Ablehnung wurde ihm gesagt, die Direktion habe mitgeteilt, sie sei mit Reparaturen beschäftigt und bedürfe keiner streikenden Arbeiter.

Trotzdem aber versuchte sie aus der entferntesten Umgegend Arbeitswillige in die Saline zu ziehen, was indes nicht gelang. Volle sechs Wochen standen die Arbeiter im Streik und es waren keine Ruhestörungen und Melästigungen der Arbeitswilligen vorgekommen, da wurde am Sonntag den 9. September Militär in die Saline gestellt, auf welche Veranlassung, ist bis heute noch unbekannt. Durch diese durch nichts gerechtfertigte Handlungsweise bemächtigte sich der Leute eine gewisse Unruhe weil sie glaubten, es sollten Arbeitswillige des Nachts in aller Stille in die Fabrik geschickt werden. Am Montag gegen 3 Uhr morgens versammelten sich auf der Straße und dem Plage vor der Saline eine Anzahl Streikende und auch Frauen. Auf einmal ertönte die Dampf sirene auf der Saline, und im Augenblick darauf läutet die Kirchenglocke vom benachbarten Kerperich Sturm. Die Bürger Dieuzes aller Stände sprangen aus den Betten, und im Nu ist der Platz vor der Saline, wo die Sirene ihre schauerlichen Töne in die Nacht hinaus ertönen läßt, mit Männern, Frauen und Kindern gefüllt. Da, ohne daß jemand eine Abnung hat, sprengt schon eine Abteilung des in Dieuz stationierten bayerischen Cheveanleger-Regiments mit ausgelegter Lanze auf die verwirrte Menge zu. Nur der Besonnenheit einiger Beamten und des Streikleiters Ruf ist es zu danken, daß die Arbeiter sich ruhig verhielten. Auf Aufforderung desselben, nach Verlesen eines Briefes, der ihm überreicht wurde, verließ die Menge den Platz.

Die Frage, wer das Militär beordert, und auf wessen Befehl dasselbe auf den Ruf der Dampf sirene herangesperrt kam, ebenso, wer das Militär in die Saline postiert hat, trotz des ruhigen Benehmens der Arbeiter in 6 Wochen, darüber wird an anderer Stelle Aufklärung verlangt werden, da hier nur die Tatsachen geschildert werden sollen. Der Bürgermeister will es nicht gewesen sein, ebenso der Polizeikommissar nicht. Am Montag ist auch — und wenn wir richtig unterrichtet sind — von höherer militärischer Stelle aus das Militär wieder in die Kaiserne befohlen worden. Am Montag haben nun endlich die Verhandlungen in Gegenwart des kaiserl. Gewerbe- und Regierungsrates Nid begonnen. Gestern sind dieselben abgebrochen worden. Die Arbeiter haben das Angebot der Direktion akzeptiert, zum Teil abgelehnt. Der Streik dauert also fort. Die Einstellung sämtlicher Streikenden lehnt die Direktion ab. Eine Anzahl soll erst nach 1—2 Monaten wieder eingestellt werden.

Den unabhömmlichen Arbeitern ist eine Lohnerhöhung bis zu 50 und 60 Pfg. gewährt, während man anderen eine solche von 10—30 Pfg., dagegen anderen wieder nichts zubilligen will. Eine Anzahl soll Lohnerhöhung haben, aber auch eine Stunde Schichtverlängerung, wodurch die Lohnerhöhung wieder weitgemacht wird. Wieder andere erhalten eine kleine Lohnerhöhung, dürfen aber nur noch 6 Schichten gegen bisher 6 1/2 Schicht verfahren, also Lohnerhöhung gleich „Null“! Auf noch anderen Stellen wird etwas mehr Lohn gezahlt, aber 2 Arbeiter

sollen jetzt dieselbe Arbeit tun, die früher 3 Arbeiter gemacht waren, also Lohnabzug. Doch wie gesagt, die Lohnabz. ist in Gegenwart des Hrn. kaiserl. Gewerbe-rates N. beraten worden. Die Arbeiter haben Herrn Nid, welcher am Dienstag mittag abreiste, schriftlich mitgeteilt, daß sie eine Anzahl Angebote nicht annehmen können, ebenso haben sie sich an den Bezirkspräsidenten Grafen Zerpelin in Metz und den Staatssekretär v. Köller in Straßburg gewandt. Dieses sind die wirklichen Tatsachen, wie sie auf der Dieuzer Saline vorhanden sind und wie sie sich während des Streikes abgespielt haben. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß der Lohn nur bei einigen Arbeitern 3 M. erreicht oder übersteigt.“

In Nürnberg handelte es sich um einen sogenannten wilden Streik, der Anfangs von der Leitung des „freien“ Metallarbeiterverbandes selbst nicht gebilligt wurde. Erst später, um die Masse nicht zu verlieren, wurde die Unterstützung bewilligt. Es fanden rohe Mißhandlungen der Arbeitswilligen statt, welche den unregulären Streik nicht mitmachen wollten. Von dem allen ist in Dieuz nichts zu verzeichnen. Hier war einfach eine Ueber-rumpelung der Arbeiter zu verzeichnen, die sich trotz allem musterhaft benommen haben.

Soziale und gewerkschaftliche Rundschau.

„Die Matten verlassen das Schiff“.

Unter dieser vielversprechenden Stichmarke schreibt der Stahlwarenarbeiter, „freie“ soziald. Richtung in Solingen:

Der „berühmte“ Taktiker Max Sandler, der mit Hilfe des Fabrikanten Hammesfahr ganz Solingen unterjochen wollte, wird in kurzen den Schauplatz seiner ruhmreichen Taten den Rücken kehren. Mit dem 1. November verläßt er die unwirtschaftlichen Gefilde Solingens und siedelt nach Gevelsberg über, dessen Arbeiterschaft, wie er hofft, seinem Welten-Umgestaltungs-Genie größeres Verständnis entgegenbringen wird, wie die Solinger, die seine Taten mit schmüden Undank belohnten. Sogar der Herrscher Reichens soll ihm zu verstehen gegeben haben, daß seine Macht doch nicht so weit reiche, um ihm die zur rationellen Nachtarbeit notwendigen Mannschaften zuführen zu können. Undank ist nun einmal der Welt Lohn und daß gerade Max Sandler der schönste Moral dieser Welt zum Opfer gefallen ist, behauert niemand mehr als wir. Auch Freund Bosawe ist es ungemütlich in Solingen geworden. Die Ueber-treterei ist nicht so von statten gegangen, wie man sich dachte. Obgleich man in die Welt hinaus-pesante, daß die übergetretenen Berufe erheblich mehr Organisierte aufzuweisen hätten wie vorher, so ist doch offenbar geworden, daß die Erwartungen, die an den Uebertritt geknüpft wurden, sich nicht erfüllt haben. Mit geheimem Grauen sieht Bosawe, wie das Häuflein Organisierter immer kleiner wird, und ist er aus diesem Grunde auch redlich bemüht, sich nach einer anderen Existenz umzusehen. Wie erzählt wird, hat er sich nach der Parteischule in Berlin beworben, um sich dort als Redakteur aus-bilden zu lassen. Uns dünkt allerdings, daß zum Redakteur eines sozialdemokratischen Blattes ganz andere Kerle gehören wie Bosawe, der die klügliche Rolle in der Solinger Arbeiterschaft gespielt hat. Die Ansichten der im Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter sind recht trübe. Durch Verschulden der Führer ist der Arbeitgeberverband in Solingen einflußreicher denn je geworden. Mußte sich doch kürzlich noch eine Abordnung der Schläger, die bei einer Firma um Einstellung von Ausgesperrten bat, mit der Motivierung abweisen lassen, daß man keine Arbeiter brauche, ja, die Kommission mußte sich sogar, als sie weitere Verhandlungen anbahnen wollte, bieten lassen, daß der betreffende Schläger-eigener sie einfach stehen ließ. Solche tieftraurigen Zustände sind bis dato in Solingen nicht üblich gewesen; sie herbeizuführen, blieb der Geschäfts-leitung des Metallarbeiterverbandes vorbehalten, die mit der Solinger Arbeiterschaft Schindluder treibt. Wir bitten unsere Kollegen, wohl zu beachten, es sind waschechte Genossen, die hier erklären, daß der freie sozialdemokratische Metallarbeiterverband resp. deren Geschäftsleitung mit den Arbeitern „Schindluder“ getrieben hat. Wir haben dem nicht mehr hinzuzufügen.

Wie es im Solinger Herenkessel der soziald. Richtung aussieht, davon gab eine Versammlung einen kleinen Einblick, welche vom Zentralkomitee der Solinger Gewerkschaften am Samstag, den 22. September einberufen war, wo über den freien Metallarbeiterverband scharf Gericht gehalten wurde.

Ein Arbeitersekretär Eckhardt führte aus:

Es ist schlecht zu sprechen, wenn man von vornherein weiß, daß man niedergestimmt wird. Der Ausschuss des Zentralkomitees der Gewerkschaften hat mit der heutigen Versammlung nur die Ermittlung auf die großen Plakate für morgen erteilt. Ich bin heute abend nicht als Arbeitersekretär, sondern als Zentralverbändler hierhergekommen.

Es wäre eine elende Feigheit, wenn man nicht gegen den Schmutz auftreten wollte, den der Metallarbeiterverband seit Jahren hier aufgehäuft hat. Es ist heute das erste Mal, daß ich mich in diese Streitigkeiten hier mische. Fest steht für mich, daß seit Jahr und Tag die Vertreter des Metallarbeiterverbandes einen Wortbruch, einen Treubruch an den andern gerichtet haben. Fest steht, daß man im vorigen Jahre bei Hammesjahr gesagt hat, wir gehen mit, und daß man dann sein Wort gebrochen hat.

Fest steht, daß in Sachen des Arbeitersekretariats eine Sitzung nach der andern angefeht wurde, um die Sache zu verschleppen. Tatsache ist, daß den Metallarbeitern fünf Vertreter eingeräumt sind. Wie kann man sich dann nachher hinstellen und sagen: Wir haben keinen Einfluß erhalten? An fünf Sitzungen haben die Metallarbeiter teilgenommen, als es sich um die Wahl des neuen Arbeitersekretärs handelte und haben zugestimmt. Wöblich ziehen sie sich zurück. Was ist denn am Montag geschehen? Nichts, was den Metallarbeitern nicht schon längst bekannt gewesen ist. Meines Wissens sind bindende Beschlüsse in jener Versammlung gar nicht gefaßt worden. Aber nehmen wir einmal an, es wäre beschlossen, die 31er in den Verband aufzunehmen, was wäre dann gewesen? Dann wäre eben etwas beschlossen worden, wozu das Zentralkomitee noch lange nicht seine Zustimmung geben mußte. Wenn die Metallarbeiter ehrlich gewesen wären, so wären sie in die Sitzung gekommen, um zu sagen: Das machen wir nicht mit. Aber das haben sie eben nicht getan, weil sie keine Verständigung wollten. Ich denke dem Genossen Sandler seinen Standpunkt gar nicht. Auch ich würde, wenn ich in seiner Stellung wäre, die Fachvereine bekämpfen. Aber man soll so etwas auch offen und ehrlich sagen. Und dahin scheinen wir allmählich zu kommen. Aber die Interessen der Allgemeinheit sind damit nicht gewahrt. Die verlangen, daß die Lokalorganisationen entweder geschlossen oder gar nicht überführt werden. Aber nicht, daß sie einfach kaputt gemacht werden. Die Metallarbeiter wollen nur die Herren von Solingen sein, weiter nichts. Die 500 Mark vom Metallarbeiter-Verband mußten erbettelt werden, dabei brühtet sich der Verband fort und fort, daß er allein alles leiste. Aber die Solinger Metallarbeiter sind nicht die einzigen, die nichts für die Arbeitersekretariate zahlen wollen. In einem Instizute, das in erster Linie für die Notleidenden, besonders auch die Notleidenden unter den Metallarbeitern da ist, hat man Frevel getrieben. Aber die Sache wird nicht ausbleiben.

Ein Herr Moog spricht von dem großen Tag, wo das große Sündenregister des Metallarbeiterverbandes aufgeschlagen werden soll. Sandler verteidigt sich und meint: Wir (der sozial. Metallarbeiterverband, D. G.) mögen Fehler gemacht haben, aber die Vorgänge im Kreise Solingen sind derartig, daß man die Geduld verlieren kann. Hier werden lauter kleinliche Interessen vertreten. Da ist es schon besser, wenn alles auf einmal zusammenbricht, dann werden wir nachher alles auf besserer Grundlage wieder aufbauen. Wir haben 50 000 Arbeiter in der Solinger Metallindustrie beschäftigt, danach richtet sich unsere Taktik.

Ein Herr Nießam meinte: Es ist mir der Vorwurf gemacht worden, daß meine heutigen Ausführungen eigentlich für mich als zentralorganisierten Arbeiter ein Schlag ins Gesicht bedeuteten. Ich möchte nur feststellen, daß ich schon damals, als im Zentralkomitee über den Streikbruch der Metallarbeiter verhandelt wurde, der einzige zentralorganisierte Delegierte war, der gegen die Resolution der Messerschleifer stimmte, und meine Auffassung, die heute noch die meinige ist, eingehend begründete, während diejenigen, die heute zum Metallarbeiterverband übergetreten sind, dafür votierten. Das kann mich aber noch lange nicht abhalten, Dinge zu kritisieren, die wenig geeignet sind, die zentralistischen Tendenzen in der Solinger Arbeiterbewegung durchzusetzen.

Im Bezirk Solingen sind die Herren Genossen jetzt allein unter sich, die paar christlich organisierten Arbeiter kommen fast nicht in Betracht und doch geht alles drunter und drüber. Herr Sandler will einfach

alles zusammenbrechen lassen, gleichgültig, ob das Wohl der Arbeiter zu Grunde geht.

So werden im sozial. Lager Arbeiterinteressen vertreten.

Die christliche Arbeiterbewegung in Thüringen

Scheint jetzt auch mehr in Fluß zu kommen. Am Sonntag den 30. September hat in Erfurt eine Konferenz der christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine stattgefunden. Die Konferenz befaßte sich mit der Frage: „Welche Mittel und Wege sind zweckmäßig, um die christlichen Gewerkschaften in Thüringen allgemein einzuführen?“ Das Resultat der dreistündigen sehr anregend verlaufenen Verhandlungen war die einstimmige Annahme folgender Resolution:

„Die heutige Konferenz erklärt nach den Ausführungen der einzelnen Delegierten, daß eine sofortige energische Aktion in den thüringischen und sächsischen Landesteilen für die christlich-nationale Arbeiterbewegung eingeleitet werden soll. Zu diesem Zwecke erachtet sie eine sofortige enge Fühlungnahme mit den einzelnen konfessionellen Arbeitervereinen für notwendig, um aus deren Mitte die erforderlichen Vertrauensleute zu gewinnen, auch durch belehrende Vorträge in diesen Vereinen aufklärend zu wirken, insbesondere auch durch eine intensive Vorbereitung der nationalen Presse für die christlich-nationale Arbeitersache, sowie Ausleitung eines eigenen Gewerkschaftssekretärs. Die Delegierten verpflichten sich, mit allen Kräften zur Verwirklichung dieses Zieles, sowie zur Ausbreitung der christlich-nationalen Gewerkschaften in genannten Landesteilen einzutreten.“

Offenlich läßt man es jetzt nicht an praktischer Arbeit fehlen. Mit Beschlüssen und Resolutionen allein ist bekanntlich eine Bewegung noch nicht vorwärts gebracht, insbesondere in solch schwierigen Arbeitsgebieten wie Thüringen und Sachsen. Ersreulich ist an der Tagung das gemeinsame Mitarbeiten der beiderseitigen konfessionellen Arbeitervereine und christlichen Gewerkschaften. Mancherorts zur Nachahmung sehr zu empfehlen.

Terrorismus und kein Ende.

Offenbach. Ein Denkmal der Niedertreue haben sich wieder einmal die roten Metallarbeiter in Hanau gesetzt. Fragt da der christlichorganisierte Kollege S... bei der Firma „Bracker & Söhne, Maschinenfabrik und Eisgießerei“ um Arbeit an und erhält auch solche. Raum hatte derselbe am Montag seine Arbeit begonnen, tritt auch schon der Vertrauensmann des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes an ihn heran mit der Frage: „Bist du organisiert?“ Auf die Antwort, ja, im christlich-sozialen Metallarbeiterband, hagelt auch schon eine Flut von Schimpfworten, wie Verräter u. auf ihn nieder. Doch damit noch nicht genug; der Formergenosse wollte sich dem christlichen Kollegen in seiner ganzen „Größe“ zeigen, und deshalb predigte er ihm sein „unfehlbar freies“ Evangelium weiter. Er erklärte nämlich weiter: „Entweder du trittst in unsern Verband, oder du fliegst raus. Wir haben schon ganz andere hinausgebracht als dich! Sogar einen, der nicht nur drei Kinder hat wie du, sondern sechs; und einen haben wir sogar so weit gebracht, daß er ins Zuchthaus kam.“ Glaubte nun der christliche Kollege, er werde dennoch Stand halten können, so sah er sich getäuscht. Der „Freiheitsdrang“ des „alleinigen Arbeitervertreters“ war eben stärker, als der gute Wille des christlichen Kollegen, weiter zu arbeiten. Wie es in Gießereien üblich ist, helfen sich die Formner gegenseitig. Jedoch die Bitten des christlichen Formners, mit anzufassen beim Einlegen der Modelle usw. wurden beantwortet mit „ich habe keine Zeit“. Auch eine Beschwerde beim Herrn Betriebsingenieur über diese Handlungsweise war ohne Erfolg. So mußte denn der Kollege denselben Weg gehen, wie alle die Vorgänger, die sich der „freie Held“ so rühmte, sie hinausgeschickt zu haben. Also wieder ein Beweis von der „unfehlbaren Arbeiterinteressenvertretung“. Ein Beweis von den ungemein „hervorragenden Geisteskräften“, mit denen diese „Helden“ den Kampf für ihre Ideen zu führen suchen. Der Esel überkommt einem ob solcher Gemeinheiten. Das ist wieder eine Frucht der in sozialdemokratischen Versammlungen und Blättern geübten Verzeigung und der „unvergleichbaren“ Erziehungsmethode. An dieser Frucht werden sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften zu Grunde gehen, denn ein jeder halbwegs anständige Arbeiter wendet sich mit Abzügen weit weg von einer solchen Gesellschaft. Ein gleiches Vorkommnis haben wir in Müßburg zu verzeichnen, wo ebenfalls einer unserer Kollegen so lange gedrängt, also das arbeiten unmöglich gemacht wurde, bis er gezwungen dem roten Verbands beitrug. Pfui über solche Gesellschaft.

Hirsch-Dunderscher Schwindel.

Verstorbene Sinder oder furchtbar begriffsstutzige Herren müssen in der Redaktion der Hirsch-Dunderschen „Werkdeutschen Arbeiterpost“ sitzen. In Nr. 37 unseres Organes hatten wir die von diesem Blatt in die Welt gesetzte verlogene Schwindelnotiz, unser Verband habe einen Extrabeitrag ausgeschrieben, als er gefunden zurückgewiesen. Zum Schluß der Notiz hatten wir bemerkt: Oder hat die „Arbeiterpost“ die Düsseldorfser Krankengeld-Zuschußkasse für den christlichen Metallarbeiterverband angeleihen?

Trotz alledem hält das Blatt beharrlich an der einmal aufgestellten Behauptung fest und blamiert sich weiter, so gut es eben kann. In Nr. 20 faßelt die „Arbeiterpost“ zum dritten mal:

„Der „Deutsche Metallarbeiter“, das Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes, das uns der Verleumdung, des Schwindels usw. bezichtigt hatte, weil wir feststellten, sein Verband erhebe einen Extrabeitrag, schweigt sich auf unsere Feststellungen in Nr. 17 vollkommen aus. Wir sind mithin nicht nur in der Lage, festzustellen, daß unsere ursprüngliche Behauptung richtig war, sondern auch weiter noch, Franz und Heinrich haben eine wahre Tatsache in feiger Weise abgestritten und uns beschimpft.“

Unsere Kollegen werden über diese Hirsch-Dunderschen „Feststellungen“ herzlich lachen. Zammervoller kann sich ein Blatt wohl kaum noch blamieren. Wenn die Redaktion der „Arbeiterpost“ es überhaupt für möglich hält, ein für 26 000 Mitglieder wirklich ausgeschriebener Extrabeitrag könnte von einer Verbandsleitung in „feiger Weise“ abgestritten werden, dann — ja dann sei ihr alles verziehen, denn: Selig sind die Armen im . . . usw.

Wenn das die „Köpfe“ im Hirsch-Dunderschen Lager sind, von denen vor kurzem in der „Hilfe“ soviel Aufhebens gemacht wurde, dann verstehen wir auch den „rapiden Aufschwung“ der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine. Wir können aber nicht glauben, daß die Herren von der „Arbeiterpost“ so borniert sind, daß sie die „Düsseldorfser Krankengeld-Zuschußkasse“ beharrlich weiter mit dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband verwechseln. Deshalb bleiben wir bei unserm ersten Urteil: „Die verlogene Schwindelnotiz der „Arbeiterpost“, sowie ihre weiteren Anrenwulungen haben offenbar keinen anderen Zweck, als dem christlichen Metallarbeiterverband etwas am Zeug zu flicken und die widerspenstigen billigen Jakobsanhänger opferfreudiger zu machen und sie über schwierige Situationen hinwegzutäuschen.“

Ein solch plumper Schwindel richtet sich jedoch selber und muß anderseits der Lächerlichkeit anheimfallen.

Sozialdemokratische Rohlinge vor Gericht.

Am 27. Januar d. J. überfielen Mitglieder des roten Schuhmacherverbandes in Oberhausen bei Augsburg nach einer christlichen Gewerkschaftsversammlung die heimkehrenden christlichen Arbeiter ohne jeden Grund und mißhandelten sie in roher Weise mit Zaunpfählen. Dem als Redner anwesenden Kollegen Bergmann-München wurden vier Löcher in den Kopf geschlagen, außerdem waren noch eine weitere Anzahl christlicher Arbeiter von den Wegelagerern blutig verletzt worden.

Am 10. Oktober standen die schlagfertigen Genossen in Augsburg vor Gericht, um sich für diese zukunftsstaatlichen Heldentaten zu verantworten. Leider konnten sie für die schlimmsten Rohheiten nicht direkt überführt werden, weil in jener Nacht eine große Dunkelheit herrschte und die meuchlings Überfallenen keine Zeit gefunden hätten, sich die Gesichter der „Strauchritter“ genau einzuprägen. Nur in einigen weniger erschwerenden Punkten konnte ihnen die Täterschaft direkt nachgewiesen werden. So kamen die Kaufbolde sehr gnädig davon. Der Schuhmacher Epple erhielt drei Wochen, Huber 5 Tage Gefängnis und Dreinfalk 10 Tage Haft. Außerdem wurden ihnen die Kosten des Verfahrens aufgebürdet. Der Staatsanwalt bezeichnete die Tat als ungemein roh, niederträchtig und hinterlistig. Wenn auch die politischen Gegensätze noch so sehr aufeinander plagten, seien derartige Erzeße doch in keiner Weise zu entschuldigen. Diejem Urteil schloß sich sogar der Anwalt der Beklagten an, der aber im übrigen den Nachweis zu erbringen versuchte, daß seine Klienten nicht dabei gewesen seien. Durch die eidlichen Zeugenaussagen wurde jedoch das Gegenteil erwiesen. Wirklich schöne Früchte sozialdemokratischer Erziehung.

„Ueber angeblichen Terrorismus der christlichen Gewerkschaften“

gehen in letzter Zeit Notizen durch Hirsch-Dundersche Blätter. So wurde der Präses des katholischen Gesellen-

vereins in Hamm beizubehalten, er habe einen Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereiner, der vorher aus der Kaffe seiner Organisation 84 Mk. Krankenkass bezogen habe, aufgefordert, den christlichen Gewerkschaften beizutreten, andernfalls er die Anstaltsstellen in dem Heilensvereinsbause aufgeben müsse. Mit diesem Fall von „Terrorismus“, so schreibt man uns aus christlichen Gewerkschaftskreisen, hat es nach genauen Erkundigungen folgende Verwandtnis: Die „Märkische Tagesztg.“ erhob zuerst diese Beschuldigung gegen den Hammer Heilenspräsidenten. Dieser stellte gegen die Redaktion Strafantrag, worauf der Redakteur Sonnemann in Nr. 242 der „Märk. Tagesztg.“ vom 3. Sept. folgende Erklärung veröffentlichte: „Die gegen Herrn Kaplan Hohenbeck anlässlich der Gewerkschaftsfragen im April d. J. erhobenen Beschuldigungen nehme ich hiermit voll und ganz zurück und bedauere aufrichtig dieses Vorkommnis. Herr Kaplan Hohenbeck hat sich bereit erklärt, auf Grund dieser meiner Erklärung den gegen mich gestellten Strafantrag zurückzuziehen.“ In einer Notiz der „Freisinnigen Zeitung“ wurde behauptet, in Heilens bei Mülheim (Ruhr) habe sich eine Zahlstelle des christlichen Bauhandwerkerverbandes gebildet, wobei man den Mitgliedern des Hirsch-Dunder'schen Verbandes einzeln die Bücher abgenommen und dieselben in den christlichen Verband überdrieben habe. Diese Darstellung klingt schon an sich sehr unglaubhaft; die Untersuchung ergab: In Nr. 295 der „Mülh. Volksztg.“ (Zentrumsorgan) stand ein Artikel: „Sind die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine religionsfeindlich?“ Ein Mitglied der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine M. brachte diesen Artikel mit zur Baustelle und erklärte gegenüber dem dort beschäftigten Vorsitzenden des christlichen Verbandes B., jenem Verbande nicht mehr angehören zu wollen. Einige andere Mitglieder des Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereins folgten dem Vorgehen des M. und schlossen sich dem christlichen Bauhandwerkerverband an. Mit welcher Vorliebe die Angaben der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine über „christlichen Terrorismus“ hinzunehmen sind, erhellt auch noch aus folgendem Vorfalle: Vor einigen Monaten war in der Hirsch-Dunder'schen, freisinnigen und sozialdemokratischen Presse zu lesen, in Kalk bei Köln habe ein christlich organisierter Holzarbeiter einen Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereiner terrorisiert und brutal mißhandelt. Vor Gericht stellte sich heraus, daß beide in Streit gerieten, wobei der angeblich „Terrorisierte“ zu Tätlichkeiten überging. Dieser wurde daher bestraft, wohingegen der christlich organisierte Holzarbeiter, der Terrorismus verübt haben sollte, freigesprochen wurde. So sieht es mit dem angeblich von christlicher Seite geübten Terrorismus aus. Am letzten Ende sind die Gegner die Flamierten.

Die Zustände in der Metallwarenfabrik und Messinggießerei bei der Firma Karl Nestler in Lahr.

Schon längere Zeit ist es das Bestreben der Arbeiterschaft der genannten Firma, sich zusammenzuschließen, um durch den Zusammenschluß die Mißstände zu beseitigen. Durch die Abhaltung der öffentlichen Versammlung in Sulz gelang es, eine Anzahl Kollegen für den Verband zu gewinnen. Die Firma hatte aber bald eingesehen, warum es sich handelte und fing gleich an, die Arbeiter zu brangalieren.

Herr Nestler fragte einen Arbeiter, welcher einige Minuten zu spät kam, ob er sich verschlafen hätte, weil er solange in der Versammlung von Sulz gewesen wäre. Der Werkmeister ging daran, die jungen Arbeiter auszufragen und ihnen Angst einzufloßen. Einem verheirateten Arbeiter aus Sulz wurde sogar der Akkordlohn reduziert. Der Arbeiter sträubte sich dagegen und brachte es fertig, seinen alten Akkordlohn zu behalten. Der Chef bemerkte während den Verhandlungen: es müssen jetzt auch die 0,50 Mk. für den Verband herauskommen.

Wcht Tage nach der öffentlichen, christlichen Versammlung in Sulz wurde von der Firma bekannt gemacht, daß von jetzt ab nur 10 Stunden gearbeitet würde. Das war die erste Wirkung der Organisation. Es sind aber noch manche Mißstände vorhanden, besonders bezüglich der Ventilation, so daß man die Leute die an der Maschine arbeiten, vor Schmutz nicht mehr kennt. Auch andere Arbeiter leiden sehr unter diesen Mißständen. Besonders die zwei Messinggießereien sind den ganzen Tag voller Messingstaub, so daß die Arbeiter wie Bronzefiguren aussehen. Die Schwindmühl leuchtet ihnen aus den Augen. Es wäre zu wünschen, wenn die Gewerbe- oder Fabriksinspektion hier einmal Ordnung schaffen würde.

Jedesmal wenn die Inspektion kommt, werden die Maschinen mit den verpöfchten Ventilationen stillgelegt. Es sollen die inspizierenden Beamten mal die Leute an den Maschinen arbeiten lassen, dann würde die Inspektion bald ein anderes Bild bekommen. An die Arbeiterschaft ergeht der Ruf: arbeitet weiter an dem Ausbau

der Organisation, ruhet nicht eher bis auch der letzte Arbeiter sich dem christlichen Metallarbeiterverbande angeschlossen hat. Dann werdet ihr in der Lage sein, diese Mißstände zu beseitigen. Bedenket Arbeiter, daß eure Gesundheit, euer höchstes Gut auf dem Spiele steht. Also hinein in den christl.-sozial. Metallarbeiterband.

Streiks und Lohnbewegungen.

Zum Streik auf dem Dättenwerk „Rothe Erde“.

Der Streik steht noch auf dem alten Standpunkte. Am Dienstag den 9. Oktober fand von den drei bestkäftigen Verbänden je eine Abstimmung statt, ob der Streik weitergeführt oder abgebrochen werden sollte.

An der Abstimmung teilgenommen haben 1488 vom Auslande betroffene Arbeiter. Davon haben nur 142 für bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit gestimmt, also im Durchschnitt 9,5 Prozent.

Im einzelnen stellt sich das Ergebnis der Abstimmung wie folgt:

Vom Hirsch-Dunder'schen Gewerksverein, der nach einer dieser Tage gegebenen Auskunft eines seiner Sprecher mit über 1400 Mitgliefern bei dem Auslande in Frage kommen sollte, nahmen an der Abstimmung teil 783. Davon stimmten für Wiederaufnahme der Arbeit 127, also über 16 (genauer 16,1) Prozent. — Vom Christlich-sozialen Metallarbeiterverband, der ursprünglich mit rund 700 Mitgliedern beteiligt war, stimmten ab 519, und zwar für Aufnahme 11 oder etwas über 2 (genau 2,1) Prozent. — Vom sozialdemokratischen Deutschen Metallarbeiterverbande, der mit zirka 200 Mitgliedern beteiligt ist, stimmten ab 178; davon für Aufnahme der Arbeit 4, also ebenfalls etwas über 2 (genauer 2,2) Prozent.

Nach dieser Abstimmung sind die Arbeiter gewillt, weiter im Auslande zu verharren. Die Abstimmung hat zweifellos auch ergeben, daß es eitel Klunkelei ist, wenn die Hirsch-Dunder'schen 1400 beteiligte Mitgliefern angehen haben, während sich nur 783 an der Abstimmung beteiligten. Also bereits die Hälfte würde überhaupt nicht abgestimmt haben. Das ist ausgeschlossen. Es ist deshalb nur die eine Annahme heredität, daß ihre Zahl bedeutend niedriger ist, wie angegeben wurde.

Zum Schmiedestreik in Bonn.

Der Streik der Schmiedegesellen in Bonn besteht weiter. Charakteristisch ist, daß die Meister bei Beginn der Bewegung sich in eine Innung zusammengeschlossen haben, angeblich um die Schmiedekonkurrenz beseitigen zu können. Es wurde ein einheitlicher Preis für den Beschlag festgelegt. Früher wurden 3.60 Mk., jetzt müssen 5.00 Mk. für den Beschlag bezahlt werden. Die Meister erkennen auch die Berechtigung der Forderungen der Gesellen an, aber sie drücken sich noch immer um die Sache herum. Die hauptsächlichsten Bestimmungen des von den Gesellen eingereichten Tarifs sind:

1. Einführung der 10stündigen Arbeitszeit und Abschaffung des Kost- und Logiswesens.
 2. Einführung von Minimallohnen, a) für Gesellen, welche 1/2 Jahr aus der Lehre sind 30 Pfg., b) für mittlere Gesellen (Feilbänke 35 Pfg., c) für ältere Gesellen (Feilbänke) 40 Pfg., d) für Altgesellen (Feuerichmiede) 45 Pfg. Stundenlohn.
- Vom 1. Juni 1907 ab, tritt für die drei letzten Stufen eine Erhöhung von zwei Pfennige ein. Für Ueberarbeit bis 9 Uhr abends wird ein Aufschlag von 10 Pfg. bezahlt. Für Sonntags- und Nachtarbeit 50 Pfg. mehr. Lohnschluß Freitags abends; Auslöschung Samstags vor Feierabend. Die Kündigungsfrist beträgt 14 Tage. Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zum Verbands finden nicht statt.

Jetzt wollen die Meister noch den Passus haben, daß der Tarif nur Gültigkeit habe für die Meister, welche der Innung angeschlossen sind und für die Gesellen, die unserem Verbands angehören. Die Gesellen können dies nicht annehmen, weil dadurch die Organisation gefährdet wird. Es würden dann schließlich die Meister dazu übersehen, unorganisierte Gesellen einzustellen. Andererseits können auch die Gesellen nicht die Meister zwingen, daß sie alle der Innung beitreten. Die Gesellen können sich erst dann zufrieden stellen, wenn alle Meister den Tarif anerkannt haben. — Der Kampf dauert also fort. Am 9. Oktober haben die Schmiedemeister Reichmann, Katernenstr. und Krieger, Jakobstraße den Tarif unterzeichnet. Somit ist die Sperre über diese Betriebe aufgehoben. — In Nummer 36 d. Jtg. wurde berichtet, Herr Reichmann habe einen Kollegen von uns gemagregelt; dieses beruht auf einem Irrtum, den wir hiermit richtig stellen. Mögen die Kollegen handhaft bleiben, so werden wir bald zum Ziele gelangen. Werde keiner zum Verräter an der gemeinsamen und gerechten Sache.

Zur Bewegung in Schwäbisch-Gmünd.

Schwäbisch-Gmünd. Unsere Ortsgruppe hielt in der „Traube“ eine Versammlung für Schleifer, Formier, Walzer, und Maschinisten ab. Zur Besprechung lag das Verhalten der Arbeitgeber in der Frage der Wajchpauze vor. Früher wurde eine solche Pause gewährt und zwar bei den Schleifern meistens 10 Minuten lang. Da die neuen Bestimmungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern jetzt in Kraft getreten sind, wird diese Pause von den Arbeitgebern verweigert. Auf Vorstellungen bei den Arbeitgebern erhielten die Arbeitnehmer zur Antwort, daß sie einzeln nichts machen könnten. Die Regelung sei Sache des Arbeitgeberverbandes; die Arbeitnehmer ihrerseits sollten sich gleichfalls an ihre Verbände wenden. Nur hat aber der Arbeitgeberverband an seine Mitglieder ein Zirkular datiert vom 2. Oktober gesandt, in dem er die Bestimmung, daß die Wajchpauze weggelassen muß, einschärft und sie auch auf die Schleifer usw. angewandt wissen will. Da letztere Arbeiterkategorien infolge ihrer Arbeit das Waschen besonders nötig haben und sie auch länger dazu brauchen, wird durch die Verweigerung der Arbeitgeber die fünfviertelstündige Mittagspause illusorisch gemacht. — Vorstand Kaver Vogt schlägt vor, an den Arbeitgeberverband eine Eingabe zu richten. Ein Kollege hält eine Pause von 10 Minuten für notwendig. Nach der Auffassung eines andern Kollegen kommen die Arbeitgeber, durch die Gewährung einer Wajchpauze nicht in Schaden. Die Goldpolierereien gehörten gerade so herangezogen. Es sei unbedingt notwendig, daß die Arbeitgeber 7 Minuten vor 12 Uhr die Erlaubnis zum Waschen geben. In einer Fabrik sei es dem Hausmacht verboten worden, das Wasser vor 12 Uhr in den Arbeitsraum zu schaffen. Ein anderer Kollege betont, so wie die Arbeitgeber die fünfviertelstündige Arbeitspause nicht unverkürzt gewähren, müßten sich die Arbeiter blaue Anzüge anschaffen, in diesen die Fabrik verlassen und sich zu Hause reinigen. Das Präz ging dem Fabrikanten in diesem Falle verloren. Ein Kollege wünscht einen Passus, in dem festgelegt wird, daß die Schleifer und Formier 10 Min., Dreher, Walzer, kurz, alle an Maschinen Arbeitenden 5 Min. Wajchpauze erhalten. — Weiter soll verlangt werden, daß immer genügende Wajchgelegenhait da ist. — Der Vorsitzende schloß die Versammlung nach 1/10 Uhr. Eine Eingabe wird im Sinne der Versammlung an die Arbeitgeber gerichtet werden.

Zur Bewegung in Bochum.

Bochum Auf der Eisenhütte Westfalia hatten infolge schonen Vorgehens seitens einzelner Meister die Arbeiter eingesehen, daß sie sich der gewerkschaftlichen Organisation anschließen mußten. Da nun das Ueberstundenwesen hier auch sehr in Blüte stand, atmeten die Arbeiter erleichtert auf, als durch einen neuen Anschlag, welcher die Arbeitszeit für den Winter regelt, die Ueberstunden wegfielen. Die Arbeiter hatten aber die Rechnung ohne einen schreibenden Vorarbeiter gemacht. Als nämlich am Freitag, den 5. Oktober die Arbeiter in einer Versammlung welche von unserem Verbands einberufen war, sich mit dem Ueberstundenwesen beschäftigten, wurden am folgenden Tag fünf Kollegen unseres Verbandes gekündigt.

In einer am Montag einberufenen Versammlung von allen Verbänden wurde Stellung genommen zu diesem Vorgehen, eine Kommission gewählt, welche einen 25prozentigen Zuschlag für Ueberstunden und die Zurücknahme der Kündigung fordern sollte.

Die Kommission ihren Auftrag am andern Tag ausführte, zeigte sich, daß die Direktion falsch unterrichtet war seitens ihrer Meister und Vorarbeiter. Es wurde bewilligt, wenn mehr wie zwei Ueberstunden wöchentlich gemacht würden, die übrigen Stunden dann doppelt zu zahlen. Auch wurde die Kündigung zurückgenommen. Die Arbeiter sehen also, wenn sie einig vorgehen, daß noch vieles gebessert werden kann.

Ein schönes Kontrollsystem besteht hier zwischen den Meistern der einzelnen Werke. Sobald ein Arbeiter seine Stelle wechselt, fragen die Meister bei ihren Kollegen nach, wie der betreffende Arbeiter sich bei ihm geführt hat. In einem verschlossenen Korb müssen dann die Arbeiter ihr Zeugnis dem anderen Meister bringen, oder das Telephon oder eine Konferenz besorgen das übrige.

Hiergegen gibt es nur Zusammenschluß in die Organisation. Wenn alle Arbeiter in Bochum so handeln würden, wie die Arbeiter der Westfalia, so würden in Bochum bald andere Zustände herrschen.

Wochen. Auf der Hütte „Rote Erde“ Streik und Ausperrungen ausgebrochen.
Bonn. Die Schmiedegesellen in Streik getreten. Die Schmie-emeißler H. Amann und Kriege haben den vorgelegten Tarif untergegraben. Diese Betriebe sind also nicht mehr gesperrt.
Gustf. rhen. Bei der Firma Josef Wajtha, Lugs- wagenbauerei sind Differenzen ausgebrochen.
Kassel. Streik der Klempner.
Burger Hütte (Villreie) Streik der Formner.
Kaiserlantern. Eisenwerk Kaiserlantern ist Streik ausgebrochen.
Offenbach. Streik und Ausperrung der Gärtnler und Metallwarenbranche.
Kattowitz (Ober-Silesien). Differenzen sind bei der Firma Werbes, Armaturenfabrik und Phosphorbronze- gieße ausgebrochen.
Klu. Der gesperrte Betrieb des Schlossermeisters Schwilling befindet sich nicht Altstadenstraße, sondern Hochstadenstraße 27.
 Bezug ist fernzuhalten!

Kollegen,

bezahlt pünktlich die Beiträge, damit Eure Unterstützungsansprüche nicht verloren gehen.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 21. Oktober der dreißigste Wochen-Beitrag für die Zeit vom 21. Oktober bis 28. Oktober 1906 fällig.
 Ortsvorstände sorgt für pünktliche und musterhafte Abrechnung.

Aus dem Verbandsgebiet.

Misburg. Kollegen von Misburg aufgewacht! Der Haß der Genossen gegen unseren Verband wird immer größer. Als wir noch wenige Mitglieder hatten, nannte man uns ein totgeborenes Kind. — Durch den letzten Streik bzw. Aussperrung ist die Zahl der soziald. Metallarbeiter zurückgegangen, wir dagegen sind gewachsen. Diesem Umstande ist es auch nun zuzuschreiben, weshalb die Genossen in der letzten Zeit so heftig gegen uns Sturm laufen. Darum heißt es jetzt für unsere Kollegen, auf dem Posten zu sein, jeder muß ein Agitator sein.
 Der Besuch der Mitgliederversammlung, die Beteiligung an den Diskussionen, vor allem auch des Lesens des Verbandsorgans trägt zur Herausbildung befähigter Agitatoren bei. Es sollen die Kollegen deshalb ihrer Pflicht bewußt sein. Persönliche Ständereien müssen wir fernhalten; alle Beschwerden müssen in den Mitgliederversammlungen vorgebracht dem Vorstande resp. einem Vertrauensmanne mitgeteilt werden. So können die Beschwerden eine sachgemäße Erledigung finden. Die Kollegialität verleiht schon, daß die Mitglieder stets gegenseitig offenherzig sind. Im Uebrigen muß jeder Kollege bedenken, daß nicht der Vorstand und die Vertrauensleute alles allein machen können. Da muß jedes Mitglied tätig mit eingreifen. Jeder Kollege hat die Pflicht, an dem Ausbau der Organisation mitzuarbeiten. Es müssen die Mitglieder dem Vorstande unter die Arme greifen. Nur wenn ein harmonisches Zusammenarbeiten von Mitgliedern und Vorstand in einer Ortsgruppe vorhanden ist, kann dieselbe auch voranschreiten. Die große indifferente Masse, welche wir noch für unsere Organisation gewinnen müssen, um die Mißstände in den hiesigen Fabriken zu beseitigen, bedarf noch große agitatorische Arbeit.
 Darum Kollegen, nehmen wir es ernst mit unserer guten Sache. Groß ist die Aufgabe, die sich unser Verband gestellt, nur wenn wir Opfer bringen, können wir die Aufgabe erfüllen. Also geschlossen und einig voran, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Samn. Unser Artikel in Nr. 41 des Organs, betitelt: „Wie die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften Arbeiterinteressen vertreten“, ist dahin richtig zu stellen, daß bei der Drahtziehbewegung auf der „Union“ unser Verband mit stark einem Drittel der Beteiligten in Frage kam, während bei der Drahtziehbewegung auf der weßfälischen Drahtindustrie unser Verband beinahe allein in Betracht kam.

Bochum. Eine außerordentliche Generalversammlung am 14. Oktober beschloß mit allen gegen neun Stimmen die Einführung des 60 Pfennig-

Beitrages. Hierdurch haben die Kollegen gezeigt, daß sie ihre Zeit verstehen und nicht hinter den anderen Ortsgruppen unseres Verbandes an Opferfreudigkeit zurückbleiben wollen. Ueberhaupt zeigen die Kollegen, daß sie nicht länger gewillt sind, sich auf die Wohlthaten der Aktionäre zu verlassen. Damit ist dem Arbeiter nicht mehr gebient, wenn er nach vielen Jahren angestrebter Arbeit mit Müßigkeit und schönen Reden, mit kleinen Geschenken, bestehend in einer Uhr und einem Sparkassenbuch von 50 Mk., absperrt wird; in den langen Jahren der Arbeit aber mit allerhand Schikanen und Mißständen, sowie schlechten Löhnen und ungerechelter Arbeitszeit vorlieb nehmen muß. Seit Januar dieses Jahres haben wir um 200 Mitglieder zugenommen, jedoch ist diese Zahl gegenüber den vielen Kollegen, welche hier beschäftigt sind, noch viel zu gering. Das wir nicht umsonst gearbeitet haben, zeigt sich überall in den verschiedenen Werkstätten der einzelnen Betriebe, wo schon jetzt Verbesserungen geschaffen worden sind, die anders wohl nicht erfolgt wären. Deshalb Kollegen von Bochum, agitiert und strebet in dem bisherigen Sinne weiter, suchet die noch fernstehenden Kollegen unserm Verbands anzuschließen dann wird der Sieg auch unser sein.

Köln-Chrenfeld. Am 8. Juli dieses Jahres wurde vom christl. Keramarbeiterverband in Berg-Glabbach eine öffentliche Arbeiterversammlung einberufen. Zu derselben waren die dort zahlreich beschäftigten Holländer durch in holländischer Sprache verfaßte Laufzettel, auf welchen bemerkt war, daß ein Landsmann sprechen werde, eingeladen. Es war nämlich vorgesehen, daß nach dem Referat des Kollegen Schöffler (Metallarbeiter), Kollege Kerhoff (Keramarbeiter) ein geborener Holländer, aber seit fünf Jahren neutralisiert, zu seinen Landsleuten über die Bewegung sprechen sollte.

Als der Vorsitzende die Versammlung anmeldete, wurde ihm vom Polizei-Sekretär bedeutet, es dürfe kein Vortrag in holländischer Sprache gehalten werden, da sonst die Versammlung aufgelöst würde. Nach Eröffnung der Versammlung verlangte der Polizei-Sekretär, als überwachender Beamter, die Ausländer aus dem Saale zu entfernen, da er widrigenfalls die Versammlung auflöse.

Der Vorsitzende kam dieser Aufforderung nach, aber keiner entfernte sich und sofort wurde von dem Beamten die Versammlung aufgelöst. Auf die Beschwerde an den Regierungspräsidenten in Köln ist jetzt folgender Bescheid ergangen:

„Der Regierungs-Präsident. Auf die Beschwerde vom 10. Juli 1906. — Ich habe die Polizeiverwaltung in Berg-Glabbach darauf aufmerksam gemacht, daß eine unter Wahrung der gesetzlichen Vorschriften einberufene öffentliche Versammlung nicht aus dem Grunde aufgelöst werden darf, weil an ihr auch Ausländer teilnehmen. Ein Verbot, einen Vortrag in holländischer Sprache zu halten, ist nach dem amtlichen Bericht nicht ergangen.“

Wie aus dem letzten Satz hervorgeht, scheint die Polizeiverwaltung in dem amtlichen Bericht ver-schwiegen zu haben, daß sie verboten hat, einen Vortrag in holländischer Sprache zu halten. Ob dies absichtlich oder aus Versehen geschehen ist, bedarf noch der Aufklärung; denn eine so prinzipiell wichtige Sache aus dem amtlichen Bericht wegzulassen, dafür müssen doch Gründe vorhanden sein. Diese wichtige Entscheidung mögen sich alle in der Agitation stehenden Kollegen merken. Sie beweist, daß die Polizei-behörde durch falsche Auslegung des Vereinsgesetzes derartige Mißgriffe macht und es Pflicht der Kollegen ist, durch Beschwerde an maßgebender Stelle Remedur zu schaffen.

Thale. Am Sonntag, den 30. Sept., um 4 Uhr fand im Vereinslokal Hr. Hirsch unsere Monatsversammlung statt. Der Besuch hätte besser sein können. Die Kollegen Münster und Töfarski-Berlin waren erschienen.

Da die hiesigen polnischen Kollegen schon längst den Wunsch geäußert hatten, einen Vortrag in polnischer Sprache zu hören, hielt Kollege L. einen solchen über die Notwendigkeit der Organisation, der lebhaften Beifall fand. Die Diskussion war eine rege. Da auch hier die „Berliner“ und ihre Nachbeter am Werke sind, um ihre Fachabteilungs-spieler-ei einzuführen, erachteten wir es für notwendig, unsere Kollegen über das Wesen der Fachabteilungen aufzuklären.

Kollege Münster sprach über: Christl. Gewerkschaften und kath. Fachabteilungen. Redner gab in groß angelegten, sachlich gehaltenen Ausführungen ein klares Bild über das Wesen der „Berliner Richtung.“ Er zeigte, daß dieselbe niemals im Stande ist, etwas positives für die Arbeiter zu erreichen, ihr Treiben nur auf Täuschung beruht, und geißelte an der Hand von Beispielen (Wosen, Gottesberg, Bur-

bach) ihre arbeiterverräterische Handlungsweise. Zum Schluß erwähnte er die Kollegen, diese Fachabteilungen weit von sich zu weisen und betonte, daß nur die christl. Gewerkschaften wirklich im Stande seien, eine Verbesserung der bestehenden Verhältnisse für die Arbeiter in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung herbeizuführen.

Nachdem noch mehrere Kollegen im Sinne des Referenten gesprochen, forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, treu wie bisher an unserm Verband festzuhalten und weder von links noch rechts sich davon abhalten zu lassen. Wenn wir auch die Fachabteilungen nicht zu fürchten haben, so ist doch ihr Treiben im Interesse der christl. Arbeiterschaft zu bedauern. Mit dem Wunsche, daß jetzt jeder Kollege mit doppelter Kraft einsetzt, schloß der Vorsitzende Kollege Jugowski mit einem donnernden Hoch auf den christl. Metallarbeiterverband die Versammlung. Eine Anzahl Neuaufnahmen waren zu verzeichnen. Die nächste Versammlung findet Sonntag, den 21. Okt., 4 Uhr statt. Keiner darf fehlen.

Duisburg. Eine gut besuchte Generalversammlung am 14. Oktober beschloß nahezu einstimmig, (mit allen gegen drei) einen wöchentlichen Lokalbeitrag von 10 Pfg. zu erheben. Mitthin wird von jetzt an ein Einheitsbeitrag von 60 Pfg. pro Woche bezahlt. Von den nicht anwesenden Mitgliedern darf erwartet werden, daß sie alle joviell Opferwilligkeit und gewerkschaftliche Disziplin besitzen, dem Generalversammlungsbeschlusse gern und freudig nachzukommen. Die Ortsgruppe Duisburg darf in der Opferwilligkeit nicht hinter so vielen andern Gruppen unseres Verbandes zurückbleiben.

In der sehr anregend verlaufenen Generalversammlung hielt nach der Abgabe der Quartalsrechnung der von München nach hier versetzte Kollege Bergmann einen Vortrag über unsere nächsten Aufgaben. Außerdem stand die wichtige Frage der Fleischsteuerung zur Besprechung, zu der Herr Metzgermeister Marx als Fachmann aufklärende Ausführungen machte. Da dieses eine allgemeine Sache aller Arbeiter ist, wurde beschlossen, sofort die Einberufung einer großen christl. Arbeiter- und Bürgerversammlung beim Ortskartell zu beantragen, um dann vor der Öffentlichkeit zu dieser brennenden Frage Stellung zu nehmen.

Münster. In Nr. 39 des „Regulator“ möchte ein Herr L. . . e, (jedenfalls Lange-Hannover), etwas aus Münster berichten, scheint aber mit den dortigen Verhältnissen wenig bekannt zu sein. Mit Recht wurden in Nr. 40 unseres Organs die Widersprüche im Bericht klargelegt. Es lohnt sich eigentlich nicht, sich mit den Hirsch-Dunder'schen von Münster zu beschäftigen; denn die spielen hier am Orte tatsächlich keine Rolle. Öffentliche Versammlungen halten dieselben zur Genüge ab, aber es zieht nicht. Kürzlich war noch Herr Lange hier, sprach und las über die Großindustrie, (die wir hier gar nicht haben. Es waren 28 Mann, einschließlich Referent und Mitglieder des christlichen und sozialdemokratischen Verbandes anwesend. Was bleibt da noch übrig? Die Hirsch-Dunder sollten sich einmal ernstlich die Frage beantworten: „Wie kommt es, daß sie den Krebsgang gehen, trotzdem sie mit Verzweiflung kämpfen?“ Wenn man allerdings die Versammlung der Christlichen hört, und wenn der Vorsitzende Knoblauch dort Ammenmärchen erzählt, so ist dies nicht darnach angetan, den Kollegen Achtung einzuflöschen.

Was den obgedruckten Brief anbelangt, so wird dessen Richtigkeit hiermit bestätigt. Wenn daran die Bemerkung geknüpft wird, wir hätten uns zurückgezogen, so weiß jeder Kollege, daß wir vorgegangen sind, und zwar einzig und allein im Interesse der Kollegen, welche dies zu würdigen wissen. Wenn jetzt über die Forderung der prozentualen Lohnerhöhung kritisiert wird, so sei doch daran erinnert, daß die Vorstandsmitglieder des Hirsch-Dunder'schen Verbandes, einschließlich der Vorsitzende Knoblauch erklärten: „Wir schließen uns den Forderungen des Herrn Holle an.“ Von den zwei Mitgliedern, welche überhaupt in Frage kommen, war einer in der Kommission und gab dieselbe Erklärung ab. Folglich blieb nur einer übrig und jetzt schreibt Herr L.: „Die Mehrzahl unserer Kollegen entschied sich für Minimallohne!“ Ja, wie groß ist denn bei zweien die Autorität, Herr L.?

Unwahr ist, daß beschlossen wurde noch eine Versammlung abzuhalten, an der die Bezirksleiter teilnehmen sollten. Ein Wunsch ist doch noch kein Beschluß. Wohl, wünschte Herr Knoblauch, daß Herr Lange in einer solchen Versammlung, durch uns Gelegenheit erhielt, einmal in einer gut besuchten Versammlung die Ziele seines Verbandes erklären zu können. Aber so etwas Herr Knoblauch macht man doch nicht in einer Versammlung während der Lohnbewegung! Das machen Sie besser in den öffentlichen Versammlungen. Zum Schluß beruft man sich auf die prozentuale Lohnerhöhung bei Schul-

Da wurd's aber auch wahrlich Zeit. Jahrelang waren dort die Former im Hirsch-Dunderschen Verband organisiert und haben keinen Finger zum Heften der Arbeiter gekrümmt. Wenn aber der Vor- sitzende mit den Mitgliedern nicht einig ist, Kol- legen belästigt und tödlich angreift, weil derselbe sich am „Fest“ nicht beteiligt hat, so hält's schwer, gewerkschaftlich tätig zu sein und Fortschritte zu erzielen.

Vielefeld. Am 26., 27. und 28. Sept. fand hier selbst die Gewerbegerichts Wahl statt. Zum ersten Male beteiligten sich auch die christlichen Arbeiter an der Wahl, welche nach dem Verhältnisystem getätigt wurde. und gelang es ihnen trotz der gewaltigen Uebermacht der Noten, einen Kandidaten durchzubringen. Zu wählen waren 10 Beisitzer, (1 Ersatzmann). 3791 Wähler stimmten für die so- zialdemokratische, 767 für die Liste der christlichen Arbeiter. Wenn man die Großmüdigkeit der Ge- nossen in Betracht zieht, welche vor der Wahl ver- stehen, daß allein der Metallarbeiterverband 5000 Stimmen abgeben würde, sodaß sie auf 7000 bis 8000 Stimmen rechnen könnten, so muß man sagen, daß die Genossen schlecht abge schnitten haben, trotz ihrer straffen Organisation. Andererseits haben die christlichen Bergarbeiter, denen die Notizen höchstens 300-400 Stimmen zubilligten, ziemlich gut abge- schnitten, besonders wenn man bedenkt, daß sie sich zum ersten Mal an der Wahl beteiligten und ferner, daß es infolge des hier üblichen Wahl- modus nicht möglich war, zu kontrollieren, wer sein Wahlrecht ausgeübt hatte und wer nicht.

Es muß jetzt vor allem die Aufgabe der christ- lichen Arbeiter sein, die Unorganisierten den kon- fessionellen und gewerkschaftlichen Organisationen zu- zuführen, denn mit einer geschulten und organi- sierten Arbeiterschaft lassen sich derartige Wahl- kämpfe durchführen. Hoffentlich hat aber auch diese Wahl den Erfolg, daß man an jenen Stellen, von wo aus man die christlichen Gewerkschaften immer bekämpfte, einzieht, daß dadurch den Noten nur Vorparandienste geleistet werden.

Bei der Wahl bestätigte sich das Wort Befehl von der „Hammerherde“ (Dresdener Parteitag). In Reich und Glied kamen sie heran, der Vertrauens- mann ging nebenher, die Stimmzettel wurden ihnen eingehändigt, und dann Marsch in das Lokal herein, nachdem noch genau Obacht gegeben wurde, daß keiner einen Stimmzettel von den „Christlichen“ an- nahm. Traurig, daß sich Arbeiter so etwas heute noch bieten lassen. Als besonderes Unikum verdient noch hervorgehoben zu werden, daß das „freie Ge- werkschaftsblatt“, also die „Tobende“ der Arbeit- geber, auch eine Arbeitgeberliste aufgestellt hatte, von der auch zwei Kandidaten gewählt wurden, trotzdem nur 32 Wähler für dieselbe stimmten. Es ist die bekannte Nachlässigkeit der bürgerlichen Kreise, die durch die „unparteiischen“ Blätter noch geför- dert wurde.

Die christlichen Arbeiter müssen sich bemühen, in der Zukunft noch besser ihren Mann zu stellen, dann werden trotz sozialdemokratischer Hochburg noch bessere Erfolge erzielt werden. S. S.

Siegburg. Während unserer Lohnbewegung am 2. und 4. April dieses Jahres hatten unser Vorsitzender und der des Textilarbeiterverbandes eine Fabriksammlung einberufen, um über die am selben Tage stattgefundenen Verhandlungen mit der Firma zu berichten. Unser Vorsitzender eröffnete die Versammlung, bemerkte aber gleich zu Anfang, daß alle nicht auf der Kattunfabrik beschäftigten Ar- beiter das Lokal zu verlassen hätten. Als nun der Vorsitzende der Textilarbeiter zur Tagesordnung übergehen wollte, löste ein Polizeibeamter die Ver- sammlung auf. Beide Kollegen wurden nun mit je 15 Mk. bestraft, weil sie eine öffentliche Ver- sammlung einberufen hätten, ohne die polizeiliche Genehmigung dazu zu haben.

Die Bestraften brachten die Angelegenheit vor das Schöffengericht in Siegburg, wo sie Freispre- chung erlangten. Gegen dieses Urteil legte die Staats- anwaltschaft Berufung ein. Die Sache wurde nun am 26. September zu Bonn an der Strafkammer verhandelt. Unsere Kollegen bestritten, daß es eine öffentliche Versammlung gewesen sei, sie hätten nur Arbeiter der Fabrik eingeladen und sonst habe nie- mand Zutritt gehabt. Der Staatsanwalt beantragte die Bestrafung der Einberufer, da im Sinne des Gesetzes alle Versammlungen anzumelden seien, welche die sozialen Interessen betreffen, wie Regel- ung der Arbeitszeit usw. Das Gericht verwarf die Berufung der Staatsanwaltschaft. Es ist ja erfreu- lich, daß die Gerichte die rückständigen Anschauungen der Polizeibehörde korrigieren, möge es überall ein- treten. Hoffentlich tragen diese Vorkommnisse dazu bei, die uns fernstehenden Arbeiter unseren Rechten zuzuführen. Wir hier in Siegburg gehen getrost allen Wechenschaften unserer Gegner mit Ruhe ent- gegen. Arbeiter, geht hinein in die Organisation!

Kattowitz. Am 24. September fand eine vom christlichen Metallarbeiter-Verband einberufene Fa- brik-Versammlung der Firma Genders statt. Die Löhne sind hier äußerst verbesserungsbedürftig. So verdienen Schlosser einen Lohn von 24, 26, 33, 36 Pfennig, die Dreher 25-35, Former 23-35, But- zer 25-30 und Arbeiter 24 Pfennig pro Stunde. Die Lehrlinge erhalten 50 Bfg. bis 1 Mk. pro Tag während ihrer dreijährigen Lehrzeit. Bei Ein- gehen des Lehrverhältnisses müssen sich die Lehr- jüngen kontraktlich verpflichten, ein Jahr als Ge- hülfe zu dem Lohn von 1,80 Mk. pro Tag zu arbeiten. Letzterem Grunde mag es auch zuzuschrei- ben sein, daß der Meister sich als unumschränkter Herr seinen Untergebenen gegenüber benimmt. Sind doch Aussetzungen wie: Die Kerls müssen ausgenutzt werden wie eine Zitrone und Drohungen, daß man welche in die Presse bekäme, sind fast alltägliche Erscheinungen. Ein Maschinist, Vater von 5 Kindern, der 19 Jahre im Dienste der Firma gestanden, erhält den Mieslohn von 2,60 Mark pro Tag. Ein Modelistischer erhält nach 17jähriger Tätigkeit 2,90 Mk. pro Tag. In Kattowitz haben die Hirsch- Dunderschen Gewerbevereine schon 32 Jahre ihre Tätig- keit aufrechterhalten, aber noch nicht das Geringste zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse getan. trotzdem Mitglieder der Hirsch-Dunderschen in genannter Fa- brik arbeiten. Ebenso haben hier bis jetzt die so- zialdemokratischen Gewerkschaften nichts geleistet. Der Referent wies darauf hin, daß bis jetzt nur die christlichen Gewerkschaften es waren, welche die Lage der Arbeiter zu verbessern sich bemüht hätten. Die- ses Lang auch aus der Mitte der Versammlung heraus, indem ein Diskussionsredner auf die bis- herige Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften in Kattowitz hinwies. So waren christliche Verbände der Tischler und Schneider, die ihren Berufs- angehörigen einen höheren Lohn verschafften und was diese fertig bekamen, das bekommt auch der christliche Metallarbeiter-Verband fertig, wenn die Arbeiter sich alle demselben anschließen.

Daß die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten Purzschke, sowie jenen der Diskussionsredner sich einverstanden erklärte, bewies der zahlreiche Beitritt zu unserem Verband am Schlusse der Ver- sammlung. So möge denn das Morgenrot einer besseren Zeit auch für die ober-schlesischen Arbeiter gekommen sein. Deshalb muß die Parole lauten: Metall- und Hüttenarbeiter Oberschlesiens, hinein in den Chris- tlichen Metallarbeiterverband.

Imnigrath. Immer voran, das muß die Signatur der Arbeiterschaft sein. So auch hier in unserem Kreise Solingen. Ein reges agitatorisches Leben hat in der letzten Zeit unsere Ortsgruppe entfaltet. Besonders unter den Arbeitern von Hil- dorf, welche wirtschaftlich sehr schlecht gestellt sind, schwanken doch hier noch die Löhne der Arbeiter zwischen 2-3 Mk. Wenn man sich nun die hohen Lebensmittelpreise betrachtet, so ist es wohl bei einem solch niedrigen Lohne erklärlich, daß die dor- tigen Arbeiter kein menschenwürdiges Dasein fristen können. Daß hier nur durch Zusammenschluß der Arbeiter in Gewerkschaften etwas erreicht werden kann, um die Lage des Lohnarbeiters zu verbessern, sollten doch alle Arbeiter einsehen. Am Sonntag den 16. Sept. fand denn auch in diesem bis jetzt für jede Arbeiterbewegung so totem Neste eine öffent- liche christliche Gewerkschaftsversammlung statt. Gleich beim Jungblätternverteilen machten sich schon die Geg- ner der Gewerkschaften bemerkbar. Ein Wirt, zu- gleich auch Bündhölzerfabrikant erklärte dem einen Jungblätternverteiler: „Diejenigen Arbeiter, welche im Verbands sind, sind Faulenzer.“ Solche Anschau- ungen beweisen nur die soziale Rückständigkeit so mancher Kreise. Hoffentlich wissen die Arbeiter, wo sie ihre Großen zu verzeihen haben. Was die öffentliche Versammlung anbelangt, so war der Be- such in bezug auf die Verhältnisse ein leidlicher.

Kollege Broich-Düffelberg verstand es, die Ar- beitererschaft von der Notwendigkeit der Organisa- tion zu überzeugen, sodaß sich annähernd die Hälfte der Versammlungsbesucher dem christlich-sozialen Me- tallarbeiter-Verbande anschlossen.

Es ist es recht, Arbeiter von Hildorf und Umgegend! Legt selbst mal Hand ans Werk, eure Lage zu verbessern. Nur nicht ermüden, ihr habt in der verflochtenen öffentlichen Versammlung ge- sehen, welche große Aufgaben sich der christl.-soziale Metallarbeiter-Verband gestellt hat, nämlich die Er- ringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Soll dies aber erzielt werden, dann muß die Arbeiter- schaft auch Opfer bringen, denn nicht dem Verbands- zuliebe habt ihr euch organisiert, sondern in eurem eigenen Interesse. Deshalb bringt auch die Opfer in eurem eigenen Interesse. Darum Kollegen, seid opferwillig, nicht nur indem ihr eure Beiträge pünktlich zahlt, sondern ihr müßt auch persönliche Opfer bringen, indem ihr sucht, möglichst bald alle Kollegen dem Verbands zuzuführen. Dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Bekanntmachung.
Die Ortsgruppe Duisburg erhält die Genehmi- gung zur Erhebung eines Extrabeitrages von 10 Pfg. pro Woche ab 1. Oktober 1906.
Die Ortsgruppe Bochum ebenfalls ab 1. Nov.
Die Zahlstelle Durlach i. B. erhält die Genehmi- gung zur Erhebung von 5 Pfg. pro Woche. Die Nicht- bezahlung der Extrabeiträge hat die Entziehung statu- arischer Rechte zur Folge.
Bezirk Saarrevier. Nachdem am Sonntag die Zahlstelle St. Ingbert beschlossen hat, ebenfalls einen Lokalaufschlag von 10 Pfg. wöchentlich zu er- heben, beträgt der Betrag im ganzen Bezirk 60 Pfg. wöchentlich. Die Genehmigung zur Erhebung dieses Beitrages wird dem Bezirk Saarrevier hierdurch er- teilt.
Der Vorstand.

Sterbetafel.
Durlach. Am 10. Oktober starb unser treuer Kollege **Johann Münch** an Lungenentzündung.
Köln. Am 1. Oktober starb unser Kollege **Peter Diebler** an Gehirn-Tuberkulose.
Rheydt. Unser Kollege **Peter Goppenkamp** starb am 6. Oktober an Rippenfellentzündung.
Chre Ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.
Bremen. Samstag, den 27. Oktober Versammlung mit Vortrag.
Bonn. Samstag, den 20. Oktober abends 9 Uhr außeror- dentliche Generalversammlung im Verbandslokal, Wilhelmstraße 18.
Benel. Sonntag, den 21. Okt., nachm. 5 Uhr, bei Holtorf an der Kirche. Alle Kollegen müssen erscheinen.
Beek. Sonntag den 1. Oktober vormittags 11 Uhr. Vor- trag des Kollegen Franzen.
Bülmen. Samstag, den 20. Oktober abends 8 1/2 Uhr Un- terrichtsstunde bei Raute.
Bonn. Sonntag, den 21. Oktober vormittags 11 Uhr Mitgliederver- sammlung mit sehr wichtiger Tagesordnung.
Durlach. Sonntag, den 4. November nachmittags 3 Uhr im Bahnhof. Sehr wichtige Tagesordnung.
Altenessen. Sonntag, den 21. Oktober, morgens 11 Uhr bei Eiser. Versammlung mit Vortrag.
Essen-Segeroth. Sonntag, den 21. Oktober, abends 7 Uhr bei Bink. Versammlung mit Vortrag.
Essen-Ortsverwaltung. Montag, den 22. Oktober, abends 6 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Vorstandssitzung.
Ferner werden die Mitglieder dringend gebeten, Mann für Mann, die öffentliche Versammlung in Essen West im Vereinshaus am 21. Oktober morgens 11 Uhr die sich mit der Gewerbegerichts- wahl beschäftigt, zu besuchen.
Steele-Horst. Sonntag den 21. Oktober, morgen 11 Uhr bei Kraus Versammlung mit Vortrag.
Welfenkirchen-Hilfen. Sonntag, den 21. Oktober abends 7 Uhr bei Vor. Westfalenstraße 39.
Hilvesheim. Sonntabend, den 27. Okt., abends 8 1/2 Uhr, Versammlung. Sämtliche Kollegen werden dringend gebeten, voll- ständig zu erscheinen. Versammlungslokal: „Braunschweiger Hof“, Scheelenstraße 31.
Hagen. Samstag, den 27. Okt., abends 8 1/2 Uhr im Lokal Simon, Langestraße, gemeinsame Verhandlung der bisherigen drei Ortsgruppen. Kein Kollege von Hagen, Haspe und Wehringhausen darf fehlen.
Karlsruhe. Sonntag, den 21. Okt., nachm. 4 Uhr, außer- ordentliche Metallarbeiterversammlung in der Goeth-halle, Goethe- straße Nr. 4.
Kalk. Samstag, den 20. Okt., abends 9 Uhr, Generalver- sammlung bei Schorob.
Laar. Sonntag, den 21. Oktober vormittags 11 Uhr.
Lünen. Sonntag, den 21. Oktober nachmittags 4 Uhr bei Wöllmann.
Niederlehen. Sonntag, den 21. Okt., nachm. 4 Uhr.
Reine i. B. Sonntag, den 28. Okt., vormittags 11 Uhr, im Saale des Herrn Dito Dürtmann, große öffentliche Versamm- lung. Referent: Herr Lie Damm-Berlin.
Freiburg. Unser Versammlungslokal ist nun heute ab im „Pete Hof“, Bertholdstraße, und findet dortselbst jeden 1. und 3. Samstag im Monat Abends 7 1/2 Uhr Versammlung statt

„Das Reich“.
Unabhängige, evangelische, nationale Berliner Tages- zeitung für entschiedene Sozialreform. Erscheint als Nachausgabe und wird mit den Abendausgaben ver- sandt. Enthält die Parlamentsberichte des Tages und alle Abends vortiegenden neuesten Nachrichten. Bezugspreis bei allen Postanstalten vierteljährlich 2,25 Mk., monatlich 75 Pfg., bei freier Zustellung ins Haus vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg. mehr. Probenummern versendet un berechnet die Geschäftsstelle Berlin NW 61, Rohmückerstraße 6.
Berichtet scharf und genau über alle Vor- gänge in der christl. nat. Arbeiterbewegung.